der Freitag

Beta-Version

Sonntag, 15. März 2009 | 18:54 Uhr

Blog von Robert Zion

10.03.2009 um 09:10 Robert Zion

Links blinken und an der Ampel Stopp machen?

Mit der Vorlage ihres Wahlprogramms haben die Grünen – ob sie wollen oder nicht – den Anspruch auf die Meinungsführerschaft im linken Lager in der Krise erhoben. Doch das Drängen des Spitzenteams nach der vermeintlich leichten Machtoption einer Ampel könnte den Politikwechsel schon wieder verhindern, bevor er eigentlich begonnen hat.

Wenn am 21. März die NRW-Grünen auf ihrem Landesparteitag in Hagen ihre Abneigung gegen einen Ampel-Wahlkampf diskutieren werden, wird Katja Kipping, die sozialpolitische Sprecherin der Fraktion der Linkspartei, in Berlin ihr Buch mit dem Titel „Ausverkauf der Politik – Für einen demokratischen Aufbruch" vorstellen. Der Inhalt dieses Buches unterscheidet sich von grüner Programmatik im Grunde nur noch marginal. Und wo noch Unterschiede festzustellen sind, etwa in Kippings Forderungen nach einer Redefinition des Arbeitsbegriffs und einem Grundeinkommen, werden diese längst in ähnlicher Form vor allem in der grünen Basis diskutiert.

Nun kann Kipping, obwohl stellvertretende Vorsitzende, nicht unbedingt als Meinungsführerin der Linken gelten, sehr wohl aber als die kommende zentrale Figur in Lafontaines Partei: undogmatisch, intelligent, eigen- und widerständig und mit einer Leidenschaft für die Demokratie ausgestattet, die man beim etablierten grünen Spitzenpersonal, dem die Parteienforschung schon das Etikett „pomadig" (Franz Walter) angeheftet hat, nur noch selten sieht. Und tatsächlich ist es ausgerechnet Jürgen Trittin, einst das grünlinke

Schreckgespenst in konservativ-liberalen Kreisen, der nun vehement auf einen Ampel-Wahlkampf der Grünen drängt.

Das kürzlich unter dem Titel „Der grüne neue Gesellschaftsvertrag" vorgestellte Wahlprogramm, im Kern das Ergebnis eines zweijährigen Neufindungsprozesses der Partei, gibt einen solchen Wahlkampf jedoch nicht her. Mit seiner grundsätzlichen linken Revision nahezu aller Steuer- und sozialpolitischen Beschlüsse der Agenda 2010 beansprucht es im Gegenteil eine neue grüne Meinungsführerschaft im linken Lager, die nicht so recht zum unverhofften Heiratsangebot der Steinmeiers, Künasts und Trittins an Westerwelle passen will und bei der in der Tat nur noch ein letzter, aber entscheidender Baustein fehlt: die Enttabuisierung von Rot-Rot-Grün.

Ob es sich die Grünen jedenfalls gegenüber ihren Wählern noch lange leisten können werden, die Abgeordneten der Linken im Bundestag in Eintracht mit CDU/CSU, SPD und FDP als die Parias zu behandeln, als die selber einmal behandelt worden sind, ist äußerst zweifelhaft angesichts der eindeutigen programmatischen Linksentwicklung der Partei. Die *taz*-Korrespondentin Bettina Gaus brachte es kürzlich auf den Punkt: „'Wen wählst du?' Eine inzwischen übliche Frage im linksliberalen Milieu. Anders als früher bekämpfen Wählerinnen und Wähler von SPD, Linkspartei und Grünen einander nur noch selten ideologisch. Das könnte die sachliche Diskussion beflügeln".

Weder liegt es an den krisenhaften gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklungen, noch an den Parteien im linken Lager, dass Rot-Rot-Grün derzeit noch so unmöglich erscheint, es liegt ausschließlich am seit den 90ern mitgeführten Spitzenpersonal, von Lafontaine über Künast und Trittin bis Müntefering und Steinmeier. Sie alle haben schon einmal Minister- oder Staatsämter unter Schröder inne gehabt und in Konstellationen regiert, aus denen die gegenwärtige Richtungslosigkeit der Republik und Uneindeutigkeit ursächlich mit hervorgegangen ist. Ob sie daher tatsächlich für ein dringend zu formulierendes neues Linkes Projekt im Lande stehen können, bezweifeln mittlerweile einige.

Und so bleiben tatsächlich nur die Parteien selbst, ihre Basis und Landesverbände, ihre Talente aus der zweiten Reihe wie etwa Katja Kipping, von denen der Druck ausgehen kann. Eine ganze Republik, deren Zukunft von einem demokratischen Neuaufbruch und einer links-liberalen Erneuerung abzuhängen scheint, verbleibt so im Wartstand, während sich im Glanz der Kanzlerin und ihrer Union, in der Krise gezwungen linke Politik zu exekutieren, erste Risse zeigen. Und wen interessiert eigentlich noch das Lafontaine Trauma der SPD-Honoratioren wirklich?

„Eine Linke ohne Basta-Sprüche, aber voller Lebenslust und gelebter Demokratie... Eine Linke, die den unproduktiven Streit um Revolution oder Reform durch eine transformatorische Perspektive auflöst, die Nah- und Fernziele miteinander verbindet... Eine Linke, die gleichermaßen für soziale Rechte wie Freiheitsrechte kämpft, für die Sicherheit und Selbstbestimmung zusammengehören... das wäre doch was!", schreibt Kipping in ihrem Buch. Ja, das wäre was! Aber Kippings Buch ist auch ein rechtzeitiger Warnschuss für die Grünen. Sollte sie tatsächlich einmal das Erbe Lafontaines und Gysis antreten – und die beiden sind nicht mehr die jüngsten –, dann könnte ihnen dämmern,

wie bequem es ihnen ein Lafontaine eigentlich gemacht hat. Dann würde sich für die Grünen unmittelbar die Existenzfrage stellen und der Wunsch nach einem ruhigen Lebensabend in Jamaika wäre dann wohl der letzte Traum, den sie noch träumen könnten.

Gewöhnen wir uns an alles?

Grüne, SPD, attac - egal: Die Linken trauen sich die Machtfrage nicht mehr zu, beklagt Freitag-Blogger und Grünen-Politiker Robert Zion

http://www.freitag.de/politik/0911-gruene-zukunft-zion-kapitalismus-linke-kritik

15.03.2009

In der Krise zeigt der Kapitalismus sich wendig wie gewohnt: Ohne weiteres nimmt der den Linken die Argumente aus der Hand - und die hat dem wieder nichts entgegenzusetzen. Die große Erzählung des Liberalismus - der Markt wird es richten - funktioniert selbst im Angesicht ihres offensichtlichen Zusammenbruchs immer noch. Ihr stärkstes Argument pflegt die Linke am wenigsten: Demokratie und Kapitalismus vertragen sich auf Dauer nicht. Wer dem jetzigen System etwas entgegensetzen will, muss endlich eigene

Vorstellungen davon entwickeln, was Demokratie und Freiheit eigentlich sind, anstatt die kapitalistische "Postdemokratie" indirekt zu unterstützen, argumentiert Freitag-Blogger und Grünen-Politiker Robert Zion.

http://www.freitag.de/community/blogs/robert-zion/wo-ist-eigentlich-die-linke
15.03.2009

Wo ist eigentlich die Linke?

Welche Wirtschafts- und Sozialordnung haben wir eigentlich nach der Krise? Union und FDP sind sich relativ sicher: die Soziale Marktwirtschaft, die sich dann endgültig gegenüber dem Anarcho-Kapitalismus anglo-amerikanischer Prägung durchgesetzt haben wird, ginge es nach der Kanzlerin, gar auf globaler Ebene. Der berühmte Ordnungsrahmen des Staates werde also künftig um die ganze Erde aufgehängt sein, die regelsetzenden Leitplanken für die Märkte den gesamten Globus umlaufen.

Sicher, gegenwärtig noch fahren auch Union und FDP auf Sicht, adaptieren zur Vermeidung der Depression keynesianische Konjunktur- und Investitionsprogramme, stützen oder verstaatlichen hier und da als systemrelevant geltende Privatunternehmen. Jenseits dieser Feuerwehrfunktion des Staates aber wird das bürgerlich-liberale Lager nicht Müde seine zentrale Botschaft auch in der Systemkrise zu verkünden: der Markt allein garantiere den „Wohlstand für alle“, solange der Staat sich aus den Marktprozessen heraushält und klare Regeln vorgibt, die seine Ergebnisse auf das Wohl der Allgemeinheit lenken.

Auch wenn diese Erzählung des perfekten Zusammenspiels zwischen dem Privaten und dem Staatlichen nur ein Versprechen ist, dass sich bisher einzig in einem sehr kleinen Teil der Welt und da auch nur in einer relativ kurzen Phase seit dem Krieg eingelöst hat, so kann sie doch zumindest solange funktionieren, solange sie eben ein Versprechen bleibt und etwa ausblendet, dass von den 6,75 Milliarden Menschen auf dem Globus heute bereits zwei Milliarden Menschen überhaupt nicht mehr in funktionierenden staatlichen Strukturen leben, sehr wohl aber in zum Teil barbarischen globalisierten Marktverhältnissen. Bereits jetzt haben sich ein Viertel aller Staaten auf der Welt aufgrund der Krise politisch destabilisiert.

Aber die Erzählung funktioniert. Die Umfragewerte der Parteien in der Krise zeigen eindeutig, dass das Herunterbeten von einigen Leitsätzen Ludwig Erhards aus den 50er Jahren hierzulande immer noch als Ausweis von Wirtschaftskompetenz gilt. Im linken Lager hingegen herrscht nicht nur kommunikativ sondern auch konzeptionell das blanke ordnungspolitische Chaos. Eine große Erzählung, wie die des wundersamen Ausgleichs zwischen Privat- und Staatsinteressen, gibt es dort jedenfalls nicht. Seit dem Zusammenbruch des Realsozialismus hat man es dort schlichtweg versäumt konzeptionell eine Wirtschaftsordnung jenseits des gleichermaßen gescheiterten

Kapitalismus wie Sozialismus zu formulieren.

In Zeiten, in denen die bürgerlichen Parteien ganz pragmatisch keynesianische Programme fahren und Gesetze zur Bankenverstaatlichung auf den Weg bringen, sieht sich die Linke gar selbst im politischen Normalvollzug ständig in der Defensive. Der globale Kapitalismus legt der politischen Linken einen Elfmeter nach dem anderen auf den Punkt. Diese jedoch jagt diese stets zielsicher in die Wolken, weil sie selbst nicht mehr daran glaubt das Spiel zu gewinnen. Die universelle „Plusmacherei“ (Marx) ruiniert das globale Klimasystem und plündert den Planeten, der Hunger in der Welt nimmt dramatische Ausmaße an, Staaten stehen vor dem Bankrott und die nächsten Ressourcen- und Klimakriege sind vorprogrammiert. Doch die Linke scheut sich zu sagen: “Weg mit dem Kapitalismus!“, weil sie die dann kommende Frage nicht mehr beantworten kann oder will: „Was dann?“

Darum will sie vielleicht noch regieren, aber auf keinen Fall mehr die Machtfrage stellen. Nicht nur, weil sie keine Antwortet mehr hat, sondern weil man sich nicht einmal mehr auf die Fragen einigen kann, die jetzt zu stellen sind. Damit arbeitet das linke Lager unbewusst an dem mit, was Colin Crouch kürzlich „Postdemokratie“ genannt hat. Die Verwaltung einer scheinbar alternativlosen Wirtschafts- und Sozialordnung überlässt man dem anderen Lager, zumindest bei SPD und Grünen mit der Hoffnung versehen, ab und an ein wenig Regierungsbeteiligung mit zu erheischen. Die kürzlich aufgekommene Diskussion bei SPD und Grünen über eine Koalitionsaussage zugunsten einer Ampel soll so zumindest noch den Anschein erwecken, es gäbe eine ernsthafte Alternative zu Schwarz-Gelb und zur ungeliebten großen Koalition. „Das begeistert keinen Grünen, aber es ist, wie es ist“, wird Jürgen Trittin diesbezüglich zitiert. Resignativer lässt es sich die notorische Antwortlosigkeit der Linken nun wirklich nicht mehr ausdrücken.

Nicht anders sieht es bei den Globalisierungskritikern von Attac aus. Ihre Forderungen nach Regulierung der Finanzmärkte und dem Schließen der Steueroasen stehen mittlerweile selbst bei konservativen Regierungschefs von Merkel bis Berlusconi auf dem Programm. Der jüngst von Attac anberaumte Kapitalismus-Kongress bringt es im Titel gerade mal auf eine schüchterne Frage: „Kapitalismus am Ende?“ Das einstige Aushängeschild Sven Giegold ist zu den Grünen gewechselt und vertritt dort erstaunlich stringent einen ökologisch gewendeten Keynesianismus, ohne allerdings Keynes’ letzte Konsequenz aus der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre zu ziehen, „eine ziemlich umfassende Verstaatlichung der Investition“ und den „sanften Tod des Rentners, des funktionslosen Investors“.

Ganz allmählich sollte sich die Linke mit einem alles andere als erfreulichen Gedanken anfreunden, mit dem, dass sie sich zu lange zu wenige Gedanken über die Verfassung und die Zukunft der Demokratie und des Staates gemacht und zu wenig mit der Widerlegung der These

des vermeintlich notwendigen Zusammenhangs von Kapitalismus und Demokratie beschäftigt hat. Eine demokratische Regulierung des globalisierten Kapitalismus wird und kann es nicht geben, eine solche scheitert allein am Problem der Repräsentanz und Transparenz bei derartig weltumfassenden Strukturen. Und dass der autoritäre Staatskapitalismus Chinas der bei weitem dynamischste ist und auch als der große Gewinner aus der Krise hervorgehen wird, zeichnet sich bereits jetzt deutlich ab. Jetzt rächt es sich, dass die linken Parteien es nahezu vollständig versäumt haben, linke Theoriediskurse aufzugreifen, zu führen und in neue politische Begriffe und Projekte zu übersetzen und sich stattdessen allzu willfährig in einen politischen Normalvollzug eingeordnet haben.

Sozialdemokraten, Sozialisten und Grüne haben so die Diskurshoheit über das, was Globalisierung genannt wird, schon lange an die neokonservativen und wirtschaftsliberalen Parteien abgegeben. Dementsprechend wirkt die aktuelle Krise des globalen Kapitalismus wie ein Vergrößerungsglas, in dem sich die Krise der Linken deutlicher denn je zeigt. Ihre Programmatiken sind Sammelsurien geworden, ohne Prinzipien und klare Linien, ohne den Blick fürs Ganze und Orientierung, ohne Utopie. Ihre Verantwortung für die Übernahme des Erbes von Humanismus und Aufklärung scheitert oft allein schon daran, dass sie dieses Erbe gar nicht mehr kennen und so an ihm arbeiten können. Der Parteinachwuchs wird unvermittelt in einen scheinbar alternativlosen Politbetrieb geworfen, ganz so, als ob Fukuyamas These vom Ende der Geschichte, bei aller rhetorischen Ablehnung, dann doch stillschweigend akzeptiert würde.

Das Theoriedefizit der Linken droht ihr zum Verhängnis zu werden, da eine politische Praxis ohne Theorie blind ist, reaktiv und rein defensiv. Aus Mangel an Begriffen steht sie in der Gefahr, die Welt nicht mehr zu begreifen. Dabei ist es ja keineswegs so, dass diese Begriffe fehlen würden. „Postfordismus“, „Empire“, „Multitude“, „sozialer Lohn“, „Biopolitik“, „immaterielle Arbeit“, „Weltbürgerrecht“, „Wiederaneignung“, „absolute Demokratie“ – allein diese Begriffe aus Michael Hardts und Antonio Negris Weltbestseller *Empire* von 2000, das schon als das „kommunistische Manifest für unsere Zeit“ bezeichnet wurde, würden einen vollkommen neuen Horizont linker politischer Theorie und Praxis eröffnen. Aber welcher linker Politiker würde sich schon gerne heute noch als „Kommunist“ bezeichnen lassen? Und so vergessen sie schlichtweg ihre Aufgabe, eben die, zu definieren, wo noch die emanzipatorischen Horizonte liegen, um jene großartige Utopie aus dem ersten kommunistischen Manifest von 1848 Wirklichkeit werden zulassen, worin es heißt, dass eine Gesellschaft anzustreben sei, „worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“ Und welche Linke ist es eigentlich noch Wert so genannt zu werden, die derart ängstlich ihre Wurzeln leugnet?

Stattdessen treibt die Linke gegenwärtig auf ein Versagen historischen Ausmaßes zu. Sie überlässt nicht nur die Definition des Kommunismus, sondern auch die von Freiheit und Demokratie gänzlich denjenigen, die sich gerade anschicken, diese endgültig abzuschaffen und ihre jetzige

Niederlage damit in einen endgültigen Sieg zu verwandeln, in dem sie den gescheiterten Laissez-faire-Kapitalismus in eine autoritären transformieren, in ein Kommando- und Kontrollregime, dessen einzige Grenze dann nur noch die des Wachstums sein wird. Darum geht es jetzt gar nicht um die Auswüchse des Kapitalismus, es geht um ihn selbst und um seine kommende Verfasstheit als globales und zerstörerisches Herrschaftsprinzip um seiner selbst Willen, ohne irgendeine systemimmanente Rückbindung an natürliche oder kulturelle Überlebensbedingungen der Gattung. Und so wird er Herr der Welt sein, weil er diese zerstören kann.

Die Politik übernimmt gegenwärtig eben nicht wieder das Ruder, sie scheitert gerade in ihrer aktuellen Verfasstheit indem sie die gesellschaftliche und ökonomische Zukunft der Staaten, die sie repräsentiert, zur Rettung des bankrotten Systems an dieses verpfändet. Damit scheint der Weg vorgezeichnet. Aus der Weltwirtschaftskrise werden Legitimationskrisen in den repräsentativen Demokratien hervorgehen, spätestens dann, wenn sie „ihren“ Bürgern die Rechnungen präsentieren und sich eingestehen muss, dass das system- also nur selbstrelevante Kapital eben nur Rechnungen schreiben aber keine einzige begleichen kann. Darum sollte sich die Linke jetzt möglichst rasch Gedanken darüber machen, wie die augenblicklichen Zweifel und der Widerstand in eine wirksame Gegenmacht umgewandelt werden können, wie eine wirklich demokratische Legitimation einer neuen Wirtschafts- und Sozialordnung nach dem Kapitalismus gefunden werden kann. Das neue Ziel der Linken ist daher in der Tat die absolute Demokratie

FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND Aus der FTD vom 20.03.2009/Seite 26
© 2009 The Financial Times

Kommentar

Warum die Grünen die Ampel ausknipsen müssen

Mit ihrem Werben um eine Koalition mit der FDP tappt die Parteispitze in eine Falle. Aus Machtstreben verspielt sie ihre Eigenständigkeit.

von Robert Zion

Um wenigstens noch den Anschein einer möglichen Kanzlerschaft Frank-Walter Steinmeiers nach der Bundestagswahl aufrecht zu erhalten, wirbt die SPD lautstark für eine Ampelkoalition mit Grünen und Liberalen. Teile der Grünen-Spitze machen mit – und geben der FDP damit auf eigene Kosten eine Regierungsgarantie.

Ob die SPD mit dem Motto „Brüderle, zur Sonne, zur Freiheit“ ihrer Krise entkommen wird, ist allerdings ebenso fraglich wie die Auflösung des strategischen Dilemmas der Grünen durch die freie Fahrt für Westerwelle. Nach Umfragen wollen 80 Prozent der Grünen-Wähler, dass ihre Partei regiert. Zwar gewinnen die Grünen im Fünfparteiensystem neue Machtoptionen – denkbar sind schwarz-grüne wie auch rot-rot-grüne Bündnisse. Sobald es aber zur Gretchenfrage kommt, wie sich die Partei im Wahlkampf aufstellt und welche Koalitionsaussage im Sinne ihrer Wählerschaft ist, schmilzt die vermeintliche neue grüne Freiheit wie Butter in der Sonne.

Das Spitzenteam aus Renate Künast und Jürgen Trittin hat daher die Flucht nach vorne angetreten und einen Ampelwahlkampf verkündet. Trittin fügte gleich einen ungelenken Trost für die Parteilinke hinzu: „Das begeistert keinen Grünen, aber es ist, wie es ist.“

Doch der parteiinterne Widerstand ließ nicht lange auf sich warten. An diesem Wochenende wollen die Grünen in Nordrhein-Westfalen, der größte Landesverband in der Partei, eine Resolution verabschieden, der sich gegen eine Festlegung auf eine Ampelkoalition wendet. Wer die Positionen der FDP bei der dringend erforderlichen Neuregulierung der Finanzmärkte und ihre Forderungen nach einer Privatisierung der Krankenversicherung und Steuersenkungen auf Pump betrachtet, kann diese Forderung nur ausdrücklich unterstützen.

Wahlboykott aus Protest

Derweil können sich die Wahlkampfstrategen der Liberalen gelassen zurücklehnen. Eine Koalitionsaussage zugunsten der Ampel wird es von FDP-Chef Guido Westerwelle nicht geben – das würde seine Partei ihre Wechselwähler von der Union kosten. Sie braucht nichts weiter tun, als eine Ampelkoalition nicht definitiv auszuschließen, um auf diese Weise die Chancen auf die erhoffte schwarz-gelbe Mehrheit deutlich zu verbessern.

Der Grund dafür ist einfach: Die Liberalen wissen, dass die Grünen als mitgliederschwächste Partei mit dem kleinsten Wahlkampfbudget auf die umfassende Mobilisierung ihrer Anhänger

angewiesen sind. Sie wissen auch, dass es zwischen Grünen und FDP die größten inhaltlichen Gegensätze und auch Abneigungen zwischen den politischen Milieus gibt. So kann die FDP darauf bauen, dass die entscheidenden Stimmen für Schwarz-Gelb bei den Grünen herausgebrochen werden, wenn deren Wähler aus Protest gegen eine mögliche Koalition mit der FDP zuhause bleiben. Wenn es trotzdem nicht für Schwarz-Gelb reichen sollte, dürfte sich Westerwelle eben auf das Außenministeramt in einem Ampelbündnis freuen – falls es nicht zu einer Neuauflage der Großen Koalition kommt.

Rätselhaft ist vor allem, wie die Spitzengrünen den Hauptgegner FDP wirkungsvoll attackieren wollen, wenn sie ihm zugleich eine faktische Regierungsgarantie ausstellen. Auch mag sich an der Grünen-Parteibasis niemand so recht vorstellen, wie sich die Anhänger überhaupt für den Straßenwahlkampf mobilisieren lassen, wenn sogar Realo-Parteichef Fritz Kuhn bei ihnen eine „deutliche emotionale Abwehr gegen die FDP“ diagnostiziert. Damit wird das machtstrategische Dilemma der Grünen zu einer gefährlichen Wahlkampffalle.

Personen statt Positionen

Zwischen einer vermeintlichen Rolle als Scharnier im Parteiensystem und dem Anspruch der inhaltlichen Meinungsführerschaft im linken Lager bei der Lösung sozialer und ökologischer Grundfragen liegen Welten. Der Versuch, diese Kluft über Vorstöße des Spitzenpersonals und mögliche Machtperspektiven zu schließen, überzeugt nicht. Denn dann geht es nicht mehr nur um emotionale Abwehr und mangelnde Begeisterung wie Kuhn und Trittin meinen, sondern schlicht um Glaubwürdigkeit.

In der Tat stecken dahinter vor allem Ambitionen von Personen und Honoratiorenpolitik. Weder bei SPD noch bei FDP und Grünen hat es vor den Vorstößen der Parteispitzen eine Debatte über einen Ampelwahlkampf gegeben. Es sind Steinmeier, Künast und Trittin, die darauf dringen. Und es ist Westerwelle, dessen Geduld nach elf Jahren in der Opposition endgültig aufgebraucht ist.

Was bei alledem unter den Tisch fällt, ist, dass die in der Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise absehbaren schweren Verwerfungen im Haushalt, am Arbeitsmarkt und im Sozialen von SPD- und Grünen-Wählern als Ergebnis einer neoliberalen Ideologie gesehen werden. Für diese Denkschule steht die FDP wie keine andere Partei.

Die Mutlosigkeit bei den Spitzenkräften der Grünen, den Weg einer neuen Eigenständigkeit zu gehen, ist erschreckend. Sie zieht sich seit dem Afghanistan-Sonderparteitag von Göttingen im Jahr 2007 wie ein roter Faden durch die Partei, und zwar als geradezu panische Angst vor dem Verlust der Anschlussfähigkeit bei möglichen Koalitionspartnern. Und so ist es gerade die starre Fixierung der Führungsebene auf die Macht, mit der sie ihre Machtoptionen zu verspielen droht.

Diese Mutlosigkeit könnte im Bundestagswahlkampf genau als solche erscheinen: als Angst vor der eigenen Courage, die soziale und ökologische Alternative zum gescheiterten Neoliberalismus Punkt für Punkt zu definieren und im Wahlkampf genau dafür einzutreten. Damit würde auch Oskar Lafontaines Linke an ihrem wunden Punkt getroffen und endlich gestellt.

Robert Zion ist Publizist und Mitglied im nordrhein-westfälischen Landesverband der Grünen. Auf dem Göttinger Parteitag von 2007 setzte er gegen den Willen der Parteispitze einen Kurswechsel in der Afghanistanpolitik durch.

Neues Deutschland

21.03.2009 / Forum / Thema: Der NATO-Krieg gegen Jugoslawien

Blut und Tränen

Die Grünen, der Kosovo-Krieg und heute

Von Robert Zion

Der Kosovo-Krieg war völkerrechtswidrig und als solcher ein Fehler. Aber, ob es der Linken gefällt oder nicht, dies war nun einmal die historische Situation. Gerade Linke, deren Hauptmerkmal es ist, politische Entscheidungen und gesellschaftliche Entwicklungen unter dem Blickwinkel historischer Prozesse zu betrachten, sollten dies wissen. Das, was Joschka Fischer die „Rückkehr der Geschichte“ genannt hat, war mit dem Kosovo-Krieg wohl eher eine für die Grünen geradezu brutale Ankunft als Akteur in dieser Geschichte.

Und bei der Geschichte, das schreibt Michel Foucault in seiner ernüchternden Historie des Krieges, geht es eben nicht darum, diese „als eine oberflächliche Gegebenheit zu begreifen“ sondern darum, „das in den Gesetzbüchern eingetrocknete Blut und nicht das Absolute des Rechts in der Flüchtigkeit der Geschichte ..., unterhalb der Formel des Gesetzes das Kriegsgeschrei, unterhalb des Gleichgewichts der Gerechtigkeit die Asymmetrie der Kräfte wiederzufinden“.

Tatsächlich mussten die Grünen dieses endlose, dreckige Kriegsgeschrei der Geschichte sehr schnell und nahezu unvermittelt begreifen, denn 1998 hatten sie eine parteihistorische Entscheidung getroffen, vor der früher oder später jede linke Partei steht: Regierungsbeteiligung statt Fundamentalopposition und damit verantwortungsethischer Pragmatismus statt gesinnungsethischer Rigorismus. Vorbei war es mit theoretischen Betrachtungen aus dem linken Salon, mit dem Hochhalten utopischer Fernziele und der hochmoralischen Haltung – der Kosovo-Krieg war für die Grünen eine widerliche Einführung in die historischen Mechanismen des Krieges, der Lüge und der Macht.

Jemand wie der Parteilinke Ludger Volmer ahnte den bevorstehenden Abstieg aus moralischen Höhen in dieses „dunkle und manchmal blutige Gewimmel“ (Foucault) bereits vor der Regierungsbeteilung: „Doch bisher standen noch hinter jedem außenpolitischen Wandel die sozioökonomischen und politisch-kulturellen Interessen namenloser Massen.“ Der Realo Fischer begnügte sich seinerzeit wie heute mit gebetsmühlenartigen Hinweisen auf „die Realität“. Dazwischen standen ratlos und in nicht lösbaren Konflikten gefangen die Masse der Partei und Figuren wie Antje Radcke, damals Parteisprecherin, die angesichts der dramatischen Entscheidungen jener Tage gestand: „Als Erstes lief mir mein persönlicher Referent über den Weg – wortlos zog ich ihn mit mir in mein Büro und heulte mich erst einmal aus!“

Nun sind weder Volmer, Fischer oder Radcke noch für die Grünen aktiv und es wäre zu leicht, ihnen und der Partei seinerzeit nun in üblicher linker Manier den „Verrat“ anzuhängen. Dieser Krieg wurde nicht wegen Rot-Grün geführt sondern mit ihnen. Die Entscheidungen fielen woanders, kühl mitgeteilt von Madeleine Albright in einem Telefonat mit den Worten: „We bomb.“ Die Entscheidung, die die Grünen trafen, lautete banal: mit uns, für den Nachweis der Regierungsfähigkeit und gegen die ewige Opposition. Darum auch drohte Fischer parteiintern mit seinem Rücktritt.

Die Geschichte des Kosovo-Krieges muss hier gar nicht nacherzählt werden, sie reicht weit, sehr weit zurück. Da geht es dann auch um die falsche Anerkennungspolitik der Regierung Kohl/Genscher auf dem Balkan, um den

Vorratsbeschluss des Bundestages noch vor der Regierungsübernahme durch Rot-Grün, um das sich an der Nase herumführen lassen durch die rechten Nationalisten der UCK. Rot-Grün hat hier nur noch exekutiert, in weiten Teilen auch die Selbstsicherheit ihrer eigenen Ideale. Und darum auch entscheidet sich die Frage, ob die Grünen nun Friedenspartei sind oder nicht, eben nicht an dem, was sie vor dem Kosovo-Krieg gewollt hat, sondern an dem, was sie danach auf Basis der Grundentscheidung des Mitregierens und des begangenen Völkerrechtsbruchs weiterhin unterlässt oder tut: "Nur wer sicher ist, dass er daran nicht zerbricht, wenn die Welt, von seinem Standpunkt aus gesehen, zu dumm oder zu gemein ist für das, was er ihr bieten will, dass er all dem gegenüber: ‚dennoch!' zu sagen vermag, nur der hat den ‚Beruf' zur Politik", so Max Weber.

Und gerade weil die Grünen Fehler gemacht, den Krieg, die Lüge und die Macht auch untereinander ausgetragen haben, desillusioniert und danach auch weniger wurden und daran eben nicht zerbrochen sind, waren und sind sie eine linke Partei. Auch nach den Fehlern der Agenda 2010 und Hartz IV. Und wer dies nicht (mehr) glauben mag, der lese bitte die Parteibeschlüsse von Göttingen, Nürnberg und Erfurt zur Außen-, Sozial-, Wirtschafts- und Steuerpolitik. Und aus grüner Sicht geht es daher auf der Gesamtlinken heute nicht mehr plump um „Raus aus Afghanistan!" oder „Hartz IV muss weg!" Nach dem Zusammenbruch des Neoliberalismus steht eine armutsfeste, repressionsfreie Grundsicherung, steuerliche Umverteilung von oben nach unten, Mindestlöhne und Arbeit, die nicht arm macht, internationale Solidarität, die Überwindung der Ausplünderung von Mensch und Natur zur Profitmaximierung und eine Beendigung des Krieges in Afghanistan und ein verantwortbarer Rückzug zur Diskussion.

Das Land braucht linke Korrekturen und einen demokratischen Neuaufbruch. Und damit stellt sich die altbekannte, für Linke so schwierige Entscheidung zwischen Gesinnungs- und Verantwortungsethik für andere als die Grünen erneut. Die Zeit für Rot-Grün-Rot, heißt das, wäre jetzt. Und ob es der Linken – die, die sich so genannt hat oder die, die es parteiübergreifend ist – gefällt oder nicht, dies ist nun einmal die historische Situation.

Robert Zion ist Grünen-Politiker aus NRW

Quellen:

Joschka Fischer, Die Rückkehr der Geschichte, Köln 2005.
Joschka Fischer, Die rot-grünen Jahre. Deutsche Außenpolitik vom Kosovo bis zum 11. September, Köln 2007.
Michel Foucault, In Verteidigung der Gesellschaft, Frankfurt/M 1999.
Antje Radcke, Das Ideal und die Macht, Berlin 2001.
Ludger Volmer, Die Grünen und die Außenpolitik – Ein schwieriges Verhältnis, Münster 1998.
Max Weber, Politik als Beruf, Berlin 1964.

URL: http://www.neues-deutschland.de/artikel/145915.blut-und-traenen.html

Robert Zion/Norbert Schepers

Wiederholung eines Grundfehlers

In guter Gesellschaft? *Die Sozialdemokratie wird als bedeutsame politische Kraft nur überleben können, wenn sie ihren Arbeitsbegriff grundlegend revidiert.*

Der Aufschrei in den konservativen Medien ob des vermeintlichen Linksrucks der Sozialdemokratie nach der Veröffentlichung des SPD-Wahlprogramms war nicht von Dauer, nachdem nüchterne Kommentatoren auf den machtpolitischen Kontext hinwiesen, in dem Schröders Erben seit geraumer Zeit operieren. Nichts Neues also unter der sozialdemokratischen Sonne? Nicht ganz.

Das von Andrea Nahles und dem Labour-Politiker Jon Cruddas vorgelegte Strategiepapier *Die gute Gesellschaft* stellt den ersten Versuch dar, einen vorsichtigen Neuanfang nach „New Labour“, den Regierungsbeteiligungen im Zeichen des Neoliberalismus und dem folgenden Absturz der europäischen Sozialdemokratie zu umreißen.

Was ist nun diese „gute Gesellschaft“? Zunächst einmal eine seitenlange Abhandlung von guten Absichtserklärungen und Wertebekundungen. Immerhin, auch erste Keime von Selbstkritik finden sich in dem Papier. Man sei zu „unkritisch“ gewesen und habe den globalen Kapitalismus schlichtweg in seinen zerstörerischen Potenzialen „unterschätzt“. Also Schwamm drüber, schließlich geht es um die Sozialdemokratie, die nicht nur Partei ist, sondern sich als historische Bewegung im Bewusstsein ihrer selbst versteht? Schwenkt nun in einer Art dialektischem Prozess diese Sozialdemokratie, quasi historisch notwendig, wieder auf links um? Keineswegs, denn nicht nur der globale Kapitalismus, auch die Sozialdemokratie befindet sich in einer existenziellen Krise.

Nahles/Cruddas benennen ungewollt sogar den Grundfehler von „New Labour“ und „Neuer Mitte“ – die Ursache der eigenen Krise – und zwar durch eigene Wiederholung dieses Fehlers: „Der Ausgangspunkt für ein neues Modell der Sozialdemokratie sind unsere Werte. Darauf können wir die gute Gesellschaft aufbauen.“ Die moralischen „Werte“ einer Gesellschaft aber waren nie ein Input, etwas Vorgelagertes oder gar politisch Induziertes. Sie waren und sind immer Ausdruck dessen, wie die Gesellschaft ökonomisch produziert und sich damit auch kulturell reproduziert. Daran, dies nicht zu sehen sowie dem Glauben verfallen zu sein, der industriegesellschaftliche geprägte, sozialdemokratische Arbeitsethos könne als Grundwert von oben in eine sich sozial und in den Arbeits- und Lebensformen immer mehr ausdifferenzierende moderne Gesellschaft hinein gegeben werden, sind „New Labour“ und „Neue Mitte“ gescheitert, und daran würde auch „Die gute Gesellschaft“ scheitern.

Was die Sozialdemokratie geschaffen hat und auch mit Nahles/Cruddas neu schaffen könnte, ist das, was Ulrich Beck in seiner Abhandlung von der „Risikogesellschaft“ die „Verwandlung der Außenursachen in Eigenschuld, von Systemproblemen in persönliches Versagen“ genannt hat. „Selber schuld“, lautete die Botschaft der Sozialdemokratie an ihre eigene Klientel in Zeiten neoliberaler Deregulierung. Daher ist „New Labour“ nie „New“, sondern immer „Old Labour“ gewesen, eine autoritär gewordene Durchsetzung eines industriegesellschaftlichen Arbeitsethos in einer post-industriellen Gesellschaft, und daher war die „Neue Mitte“ nie eine „Mitte“, sondern vor allem ein „Oben“. Und wie ein Bollwerk zur Aufrechterhaltung aller Selbstzerstörungstendenzen der Sozialdemokratie, steht dann auch bei Nahles/Cruddas der Satz: „Wir werden Eigenverantwortung stärken und die Beschäftigungsfähigkeit jeder(s) einzelnen präventiv fördern.“ Das klingt wie unmittelbar bei Schröder und Blair abgeschrieben. Dort hieß es noch: „Teilzeitarbeit und geringfügige Arbeit sind besser als gar keine Arbeit.“ Katja Kipping hat dies, im Anschluss an Wilhelm Heitmeyer, „Nützlichkeitsrassismus“ genannt. Das neoliberale Modernisierungsprojekt der Sozialdemokratie, ihre „Werte“ mit einem autoritären Sozialstaat administrativ durchzusetzen, hat – ebenso wie der Nützlichkeitsrassismus – in Deutschland einen berüchtigt gewordenen Namen: Hartz IV.

Immerhin sagen Nahles/Cruddas aber auch: „Anspruch auf Sozialleistungen ist ein Bürgerrecht und sollte es Menschen möglich machen, mit Veränderungen und schwierigen Lebenssituationen in jeder Lebensphase fertig werden können.“ Davon, wie ernst diese Bekundung zu nehmen ist, hängt viel für die SPD ab – wahrscheinlich sogar alles. Eine Sozialdemokratie des 21. Jahrhunderts wird nur noch eine solche sein können, die ihren Arbeitsbegriff grundle- gend revidiert, die die Arbeit, die gesamtgesellschaftlich ge- tan wird, anerkennt und ohne Vorbedingungen sozial absi- chert, sei diese nun marktkonform oder nicht. Sonst blieben all die gut gemeinten Bekundungen über die „Demo- kratie“ und die „Freiheit“ pure Lippenbekenntnisse, wie auch die richtige Bemerkung: „Eine gute Gesellschaft kann nicht von oben nach unten errichtet werden, sondern kann sich nur aus einer Bewegung heraus entwickeln, die von der Bevölkerung ausgeht und ihr dient.“

„Selber schuld“, lautete die Botschaft der Sozialdemokratie an ihre eigene Klientel

Das Wort „Hartz IV“ kommt bezeichnenderweise in dem Papier von Nahles und Cruddas nicht vor. So bleibt der Verdacht, dass „Die gute Gesellschaft“ eine wäre, in der Menschen in ihren Potenzialen und ihrem Wert dann doch wieder nur an ihrer „Beschäftigungsfähigkeit“ gemessen werden. Das ewig uneingelöste Versprechen der „Vollbeschäftigung“ gäbe es dann wieder ungefragt obendrein, plus die Utopie einer Gesellschaft aus – über permanentes Wachstum generierten – normierten Arbeitsverhältnissen, über die dann allein soziale Sicherheit hergestellt würde. Die schlichte Tatsache aber, dass dies alles schon lange eine Lüge ist und überhaupt nichts mehr mit der Lebenswirklichkeit von immer mehr Menschen zu tun hat, ist der eigentliche Grund für die Krise unserer Demokratie im Allgemeinen und der Sozialdemokratie im Besondern. „Wohin führt aber ein politischer Diskurs und eine Politik, die den Menschen einredet, das als für alle unentbehrlich anzusehen, was nur noch immer Wenigeren zugänglich ist?“ fragt der Sozialphilosoph André Gorz. Und er antwortet: Zum „Verfall und Entzivilisierung der Gesellschaft.“

Eine Abkehr vom antidemokratischen Projekt „Hartz IV“ ist deshalb auch die Bedingung für einen neuen Crossover-Diskurs oder gar eine rot-grün-rote Machtoption. Eine Bedingung, ohne die es nicht geht. Solange selbst Protagonisten wie Nahles nicht bereit sind, sich klar von ihrem Projekt einer autoritären Modernisierung des Sozialstaats zu verabschieden, wird es kein gemeinsames Projekt einer gesamtgesellschaftlichen Linken geben können. Dieses wird einen emanzipatorischen Horizont dafür umreißen müssen, wie solidarische Antworten auf die Krise gefunden werden können und wie unter heutigen Bedingungen eine

Gesellschaft angestrebt werden kann, „worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“ (Karl Marx).

Robert Zion *ist Sprecher des Kreisverbandes Gelsenkirchen von Bündnis 90/Die Grünen.*
Norbert Schepers *ist Mitglied der Redaktion des Magazins Prager Frühling sowie der Linkspartei.*

Jon Cruddas/Andrea Nahles: **Die gute Gesellschaft** (http://www.freitag.de/politik/0915-gute-gesellschaft)

Sven Giegold: **Sozialdemokratische Tabus** (http://www.freitag.de/positionen/0916-nahles-cruddas-kritik-giegold)

Björn Böhning/Halina Wawzyniak: **Rot-rote Reformen für die "gute Gesellschaft"** (http://www.freitag.de/positionen/0916-nahles-cruddas-kritik-giegold)

prager frühling
MAGAZIN FÜR FREIHEIT UND SOZIALISMUS

15.05.2009

Wiederholung eines Grundfehlers

In guter Gesellschaft? – Zum Nahles/Cruddas-Papier

Von Robert Zion und Norbert Schepers

Der Aufschrei in den konservativen Medien ob des vermeintlichen Linksrucks der Sozialdemokratie nach der Veröffentlichung des SPD-Wahlprogramms war nicht von Dauer, nachdem nüchterne Kommentatoren auf den machtpolitischen Kontext hinwiesen, in dem Schröders Erben seit geraumer Zeit operieren. Nichts Neues also unter der sozialdemokratischen Sonne? Nicht ganz.

Das von Andrea Nahles und dem Labour-Politiker Jon Cruddas vorgelegte Strategiepapier Die gute Gesellschaft[1] stellt den ersten Versuch dar, einen vorsichtigen Neuanfang nach „New Labour", den Regierungsbeteiligungen im Zeichen des Neoliberalismus und dem folgenden Absturz der europäischen Sozialdemokratie zu umreißen.

Was ist nun diese „gute Gesellschaft"? Zunächst einmal eine seitenlange Abhandlung von guten Absichtserklärungen und Wertebekundungen. Immerhin, auch erste Keime von Selbstkritik finden sich in dem Papier. Man sei zu „unkritisch" gewesen und habe den globalen Kapitalismus schlichtweg in seinen zerstörerischen Potenzialen „unterschätzt". Also Schwamm drüber, schließlich geht es um die Sozialdemokratie, die nicht nur Partei ist, sondern sich als historische Bewegung im Bewusstsein ihrer selbst versteht? Schwenkt nun in einer Art dialektischem Prozess diese Sozialdemokratie, quasi historisch notwendig, wieder auf links um? Keineswegs, denn nicht nur der globale Kapitalismus, auch die Sozialdemokratie befindet sich in einer existenziellen Krise.

Nahles/Cruddas benennen ungewollt sogar den Grundfehler von „New Labour" und „Neuer Mitte" – die Ursache der eigenen Krise – und zwar durch eigene Wiederholung dieses Fehlers: „Der Ausgangspunkt für ein neues Modell der Sozialdemokratie sind unsere Werte. Darauf können wir die gute Gesellschaft aufbauen." Die moralischen „Werte" einer Gesellschaft aber waren nie ein Input, etwas Vorgelagertes oder gar politisch Induziertes. Sie waren und sind immer Ausdruck dessen, wie die Gesellschaft ökonomisch produziert und sich damit auch kulturell reproduziert. Daran, dies nicht zu sehen sowie dem Glauben verfallen zu sein, der industriegesellschaftliche geprägte, sozialdemokratische Arbeitsethos könne als Grundwert von oben in eine sich sozial und in den Arbeits- und Lebensformen immer mehr ausdifferenzierende moderne Gesellschaft hinein gegeben werden, sind „New Labour" und „Neue Mitte" gescheitert, und daran würde auch „Die gute Gesellschaft" scheitern.

Was die Sozialdemokratie geschaffen hat und auch mit Nahles/Cruddas neu schaffen könnte, ist das, was Ulrich Beck in seiner Abhandlung von der „Risikogesellschaft" die „Verwandlung der Außenursachen in Eigenschuld, von Systemproblemen in persönliches Versagen" genannt hat. „Selber schuld", lautete die Botschaft der Sozialdemokratie an ihre eigene Klientel in Zeiten neoliberaler Deregulierung. Daher ist „New Labour" nie „New", sondern immer „Old Labour" gewesen, eine autoritär gewordene Durchsetzung eines industriegesellschaftlichen Arbeitsethos in einer post-industriellen Gesellschaft, und daher war die „Neue Mitte" nie eine „Mitte", sondern vor allem ein Oben". Und wie ein Bollwerk zur Aufrechterhaltung aller Selbstzerstörungstendenzen der Sozialdemokratie, steht dann auch bei Nahles/Cruddas der Satz: „Wir werden Eigenverantwortung stärken und die Beschäftigungsfähigkeit jeder(s) einzelnen präventiv fördern." Das klingt wie unmittelbar bei Schröder und Blair abgeschrieben. Dort hieß es noch: „Teilzeitarbeit und geringfügige Arbeit sind besser als gar keine Arbeit." Katja Kipping hat dies, im Anschluss an Wilhelm Heitmeyer, „Nützlichkeitsrassismus" genannt. Das neoliberale Modernisierungsprojekt der Sozialdemokratie, ihre „Werte" mit einem autoritären Sozialstaat administrativ durchzusetzen, hat – ebenso wie der Nützlichkeitsrassismus – in Deutschland einen berüchtigt gewordenen Namen: Hartz IV.

Immerhin sagen Nahles/Cruddas aber auch: „Anspruch auf Sozialleistungen ist ein Bürgerrecht und sollte es Menschen möglich machen, mit Veränderungen und schwierigen Lebenssituationen in jeder Lebensphase fertig werden können." Davon, wie ernst diese Bekundung zu nehmen ist, hängt viel für die SPD ab – wahrscheinlich sogar alles. Eine Sozialdemokratie des 21. Jahrhunderts wird nur noch eine

solche sein können, die ihren Arbeitsbegriff grundlegend revidiert, die die Arbeit, die gesamtgesellschaftlich getan wird, anerkennt und ohne Vorbedingungen sozial absichert, sei diese nun marktko nform oder nicht. Sonst blieben all die gut gemeinten Bekundungen über die „Demokratie“ und die „Freiheit“ pure Lippenbekenntnisse, wie auch die richtige Bemerkung: „Eine gute Gesellschaft kann nicht von oben nach unten errichtet werden, sondern kann sich nur aus einer Bewegung heraus entwickeln, die von der Bevölkerung ausgeht und ihr dient.“

Das Wort „Hartz IV“ kommt bezeichnenderweise in dem Papier von Nahles und Cruddas nicht vor. So bleibt der Verdacht, dass „Die gute Gesellschaft“ eine wäre, in der Menschen in ihren Potenzialen und ihrem Wert dann doch wieder nur an ihrer „Beschäftigungsfähigkeit“ gemessen werden. Das ewig uneingelöste Versprechen der „Vollbeschäftigung“ gäbe es dann wieder ungefragt obendrein, plus die Utopie einer Gesellschaft aus – über permanentes Wachstum generierten – normierten Arbeitsverhältnissen, über die dann allein soziale Sicherheit hergestellt würde. Die schlichte Tatsache aber, dass dies alles schon lange eine Lüge ist und überhaupt nichts mehr mit der Lebenswirklichkeit von immer mehr Menschen zu tun hat, ist der eigentliche Grund für die Krise unserer Demokratie im Allgemeinen und der Sozialdemokratie im Besondern. „Wohin führt aber ein politischer Diskurs und eine Politik, die den Menschen einredet, das als für alle unentbehrlich anzusehen, was nur noch immer Wenigeren zugänglich ist?“ fragt der Sozialphilosoph André Gorz. Und er antwortet: Zum „Verfall und Entzivilisierung der Gesellschaft.“

Eine Abkehr vom antidemokratischen Projekt „Hartz IV“ ist deshalb auch die Bedingung für einen neuen Crossover-Diskurs oder gar eine rot-grün-rote Machtoption. Eine Bedingung, ohne die es nicht geht. Solange selbst Protagonisten wie Nahles nicht bereit sind, sich klar von ihrem Projekt einer autoritären Modernisierung des Sozialstaats zu verabschieden, wird es kein gemeinsames Projekt einer gesamtgesellschaftlichen Linken geben können. Dieses wird einen emanzipatorischen Horizont dafür umreißen müssen, wie solidarische Antworten auf die Krise gefunden werden können und wie unter heutigen Bedingungen eine Gesellschaft angestrebt werden kann, „worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“ (Karl Marx).

Zu den Autoren:

Robert Zion[2] ist Sprecher des Kreisverbandes Gelsenkirchen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN.
Norbert Schepers[3] ist Mitglied der Redaktion des Magazins prager frühling sowie der Partei DIE LINKE.

Zuerst veröffentlicht am 14. Mai 09 in der Wochenzeitung Der Freitag[4].

Links:

1. http://www.goodsociety.eu/
2. http://www.robert-zion.de/
3. http://norbert.schepers.info/
4. http://www.freitag.de/positionen/0920-zion-linke-nahles-strategiepapier-arbeitsbegriff

Download-Dokumente:

Wiederholung eines Grundfehlers (http://www.prager-fruehling-magazin.de/serveDocument.php?id=31&file=1/8/70e2.pdf)

Robert Zion und Norbert Schepers, In: Der Freitag Nr. 20, 14.05.09

der Freitag

10.06.2009 11:09 Robert Zion

Traurige Leidenschaften

> "Nie habe ich derart gleichgültige Menschen und derart triste Leidenschaften erlebt wie unter der derzeitigen Führung der Linken. Traurige Leidenschaften, die nicht vom Bewusstein der Verantwortung oder der Schwere der Aufgabe, die subalternen Klassen zu vertreten, herrühren können. Denn denen hören sie weder zu, noch hören sie überhaupt etwas: Es sind Bürokraten, Sachbearbeiter, sie sind intellektuell erschöpft." (Antonio Negri, 2006)

Als der designierte Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier noch während des Wahlabends betonte, die von der SPD mit nahezu allen Mitteln vorangetriebene Opel-Rettung habe „nichts mit Wahlkampf zu tun gehabt“, war dies nicht nur eine Lüge, sondern wirkte wie eine endgültige Bankrotterklärung der Politikmuster einer ganzen SPD-Politikergeneration.

Mit dem Wahldesaster der Sozialdemokratie bei dieser Europawahl – nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa –, ist wohl eine politische Epochenwende in Europa endgültig besiegelt: das Ende der Sozialdemokratie als Volksparteiprojekt. Ihr Profil als Interessenvertretung subalterner Schichten hat sie verloren, zum Teil an die Christdemokraten, zum Teil an sich im Kern nicht minder konservativ gebende linke Parteien. Ihren einstigen Anspruch, eine linke und progressive Programm- und Konzeptpartei zu sein, lösen mittlerweile die Grünen weit überzeugender ein.

Die SPD ist Staatsverwaltungspartei geworden, personell und programmatisch nicht mehr erneuerungsfähig, ihre innerparteiliche Demokratie ist erstarrt, ihre Gesellschaftsanalyse und Lösungsmuster überholt. Die SPD ist zum Symptom eines gesellschaftlichen Transformationsprozesses geworden, der bereits vor vierzig Jahren etwa von Alain Touraine mit dem Begriff der „postindustriellen Gesellschaft“ festgestellt wurde.

Niemand drückt den personellen und programmatischen Niedergang der SPD deutlicher aus als deren Führungsduo Franz Müntefering und Frank-Walter Steinmeier. Beide stehen nicht nur für das sture Festhalten an einer überholten, industriell geprägten Normarbeitsgesellschaft, sondern auch für einen autoritären, männlich dominierten und auf Technokratie reduzierten Politikstil, der die enorme soziale Ausdifferenzierung der Arbeitsgesellschaft, ja, der Gesellschaft im Allgemeinen, mit den eigenen politischen und historischen Kategorien nicht mehr erfassen kann.

Für diese alten Herren ist Gesellschaft in erster Linie eine abgeleitete Funktion überkommener ökonomischer Theorien geworden, der Tonnenproduktion und des Arbeitsplatzausstoßes, in ihrer Wahrnehmung – aber wohl nur dort – eingezwängt in Einkommensschichten und Unternehmensgrößen, mit denen sie sich statistisch eine imaginäre „Mitte“ als vermeintlichen Anker ihrer SPD in der Gesellschaft konstruieren. Doch diesen Anker hat sie nicht mehr, bestenfalls ist sie zu einem Aufstellungsautomaten für Führungspersonal geworden, vor allem auf den unteren Verwaltungsebenen der Länder und Kommunen.

Gesellschaftspolitische Zielvorstellungen fehlen der SPD vollständig. An abgenutzten und ständig wiederholten Schlagwörtern wie „Wachstum“, „gute Arbeit“, „soziale Gerechtigkeit“ oder „Wohlstand“ jedenfalls, lassen sich diese beim besten Willen nicht mehr ablesen. Bei solcherlei abstrakten Wertesetzungen sind Christdemokraten ohnehin allemal besser, zumal die Bevölkerung nach über zehnjähriger SPD-Regierungsbeteiligung im Konkreten sehr genau erfahren konnte, was „gute Arbeit" und „soziale Gerechtigkeit“ im funktionalisierten Denken der SPD-Granden im Konkreten für sie bedeutet.

Ohne Zielvorstellungen fehlt der Sozialdemokratie eben ihr entscheidender Hebel zum in Gang setzen politisierender Prozesse: der Fortschrittsbegriff. Wohin soll denn eigentlich die Gesellschaft von einer SPD geführt werden, für die Geschichte statt Progression nur noch Erinnerung an bessere Zeiten ist, für die das starre Korsett einer Massengüter produzierenden Disziplinar-, Arbeits- und Konsumgesellschaft zum letzten Modell eigener politischer Identitätsstiftung geworden ist?

Bei dieser Europawahl konnte die SPD ihre Wähler nicht mehr „mobilisieren“, weil sie selbst nicht mehr mobil ist und die Zuhausegebliebenen immer weniger überhaupt „ihre“ Wähler sind. Der politische Charme des Funktionellen und Instrumentellen, wie auch die persönliche Überzeugungskraft des Amtsleiters und Parteifunktionärs sind halt äußerst begrenzt. Die „beschleunigte Gesellschaft“, von der einst Peter Glotz sprach, ist der Sozialdemokratie davongefahren. Es dominieren jene traurige Leidenschaften des Bürokraten und Sachbearbeiters. Der Vorschlag, Nichtwähler sollten doch bitteschön für ihre Weigerung Strafe zahlen, konnte wohl nur aus der SPD kommen.

Was die SPD eigentlich bräuchte, wäre ein mindestens achtjähriger oppositioneller Rückzug von ihrer Funktion als Staatspartei und einen radikalen Personalschnitt. Für Ersteres ist die derzeitige Führung nicht gemacht, Letzteres ist weit und breit nicht in Sicht. Und so beißt sich die sozialdemokratische Katze in den Schwanz: damit sich etwas ändern kann, müsste sich erst etwas ändern. Unter diesem Gesichtspunkt ist die fortwährende Verweigerung der Wählerinnen und Wähler, den starrsinnigen Selbstbestätigungsritualen von Steinmeier, Müntefering, Steinbrück oder Struck noch Glauben zu schenken, vielleicht sogar ein demokratischer Gnadenakt.

Dass sich in den nächsten Jahren die parteipolitischen Koordinaten hierzulande grundlegend verändern werden, scheint ausgemacht. Dass die SPD dabei noch eine positive und aktive Rolle einnehmen wird, ist bereits nahezu ausgeschlossen. Schon zeichnet sich ab, dass die SPD in den Großstädten als progressive Kraft abgelöst wird, von den Grünen, die sich immer mehr zu einer Art metropolitanen Volkspartei entwickeln. Ihre einzige Chance, treibende Kraft demokratischer Reformen in der Krise zu sein, hat die SPD bereits verspielt, eben indem sie ihre eigene Krise nicht hinreichend wahrgenommen und ausgetragen und sich so rechtzeitig selbst reformiert und demokratisiert hat.

Und da sich hier ein historischer Kreis geschlossen und hermetisch abgeriegelt hat, werden sie ohne Bilanzierung bis zur Bundestagswahl noch behaupten, dass es noch nicht so weit ist und sich jetzt über die entsprechende Strategie der nächsten Monate die Köpfe zerbrechen. Die Wahrheit aber hat keine Werbeagentur in ihrem Angebot.

der Freitag http://www.freitag.de/community/blogs/robert-zion/traurige-leidenschaften

der Freitag

21.07.2009 17:45 Robert Zion

Grundeinkommen und Klimaschutz (Teil 1)

Es war nur eine kurze Bemerkung des derzeitigen Bremer Umweltsenators Reinhard Loske in der *taz* im Februar 2007, die doch bald schon wieder vergessen wurde: „Das Grundeinkommen für jede und jeden könnte die Brücke sein, um übermäßigen Wachstumsdruck von der Gesellschaft zu nehmen.“(1) Im Herbst gleichen Jahres schrieb André Gorz, nach Peter Glotz „einer der einflussreichsten Sozialtheoretiker der europäischen Linken“(2) sowie Väter der politischen Ökologie:

> „Die Realwirtschaft wird zu einem Anhängsel der von der Finanzindustrie unterhaltenden Spekulationsblasen. Bis zu dem unausweichlichen Moment, in dem die Blasen platzen, die Banken reihenweise Bankrot gehen, dem Weltkreditsystem der Zusammenbruch und der Realwirtschaft eine ernste und anhaltende Depression droht (...). Man mag die Spekulation der Finanzparadiese, die Undurchsichtigkeit und die fehlende Kontrolle der Finanzindustrie noch so sehr anklagen – insbesondere der Hedge-Fonds –, die Drohung einer Depression, ja des Zusammenbruchs der Weltwirtschaft ist in keiner Weise einer fehlenden Kontrolle geschuldet, sondern vielmehr der Unfähigkeit des Kapitalismus, sich zu reproduzieren. Er lebt und funktioniert einzig auf immer prekäreren Grundlagen. Die fiktiven Mehrwerte der Blasen zwangsweise umverteilen zu wollen, würde genau das beschleunigen, was die Finanzindustrie zu vermeiden sucht: die Abwertung gigantischer Massen an Finanzaktiva und den Bankrott des Bankensystems. Die ‚ökologische Umstrukturierung’ kann die Krise des Systems nur verschärfen. Es ist unmöglich, eine Klimakatastrophe zu verhindern, ohne radikal mit den Methoden und der ökonomischen Logik zu brechen, die seit hundertfünfzig Jahren zu dieser Katastrophe führen. Wenn man die derzeitige Tendenz fortschreibt, wird sich bis zum Jahr 2050 das Weltbruttoinlandsprodukt um den Faktor drei oder vier vervielfacht haben. Doch dem Bericht des UNO-Klimarats zufolge müssten bis zu diesem Datum die CO2-Emissionen um 85 Prozent sinken, will man die Klimaerwärmung auf maximal 2 Grad Celsius begrenzen. Denn über 2 Grad Celsius hinaus werden die Folgen irreversibel und nicht beherrschbar sein. Der Wachstumsrückgang ist als ein Überlebensgebot.“(3)

Nun, da Gorz’ Vorhersage eingetreten, der Interbankenverkehr endgültig tot, die ökologische Grenze erreicht, die weltweite Zerstörung gesellschaftlicher Reproduktionsgrundlagen evident und mit der jüngsten Finanzblase die bisher größte „Beatmungsmaschine des sterbenden Kapitalverhältnisses“(4) geplatzt ist, braucht es für die wie paralysiert wirkende Politik dann offensichtlich doch noch solcher Weckrufe von einem philosophischen Vordenker. „Der Weg aus dem Kapitalismus wird also auf jeden Fall stattfinden, ob auf zivilisierte oder barbarische Weise“(5), stellt Gorz lapidar fest.

Was Gorz’ Analyse mit Loskes Bemerkung und den derzeitigen Krisenphänomenen verbindet, ist, dass sich die Frage nach dem Überleben der Menschheit auf „zivilisierte Weise“ im Grunde auf eine einzige Grundfrage reduzieren lässt: auf die nach der *Vergesellschaftung des Menschen in Natur (seiner eigenen wie die ihn umgebende) durch Arbeit*. Die Menschheit befindet sich in einem Dilemma. Unser global gewordenes ökonomisches System kann die Vergesellschaftung des Menschen, d.h. die Reproduktion von politischen, sozialen und kulturellen Strukturen nur noch über die abstrakte, warenförmige Arbeit herstellen. Zugleich hat die dritte industrielle Revolution der

Automatisierung und Computerisierung mit ihrer enormen Produktivitätssteigerung eben diese Arbeit zu einem Privileg für immer weniger Menschen gemacht.

Bereits 2005 waren in Westeuropa ca. 35 Millionen Menschen erwerbslos, weltweit 830 Millionen, fast ein Drittel der arbeitsfähigen Bevölkerung auf dem Erdball. Zählt man noch die Unterbeschäftigten hinzu, so betrug die Zahl bereits 2001 weltweit über 1 Milliarde, Tendenz steigend. Nach einer Studie der US-Firma *Alliance Capital Management* vom November 2003 sank die Beschäftigungsrate zwischen 1995 und 2002 in jedem Jahr und jeder Region der Erde um durchschnittlich 16 Prozent und dies bei gleichzeitigem Ansteigen der industriellen Gesamtproduktion um 30 Prozent. In den 20 größten Volkswirtschaften der Erde sind zwischen 1995 und 2002 31 Millionen Arbeitsplätze in der Produktion abgebaut worden.(6)

Die innere (ökonomische) wie auch die äußere (ökologische) Grenze des wachstumsbasierten und warenproduzierendes Systems ist erreicht. „In China wie in Indien und im Westen bereichert das postfordistische Wachstumsmodell etwa 20 Prozent der Bevölkerung, erzeugt jedoch rings um hypermoderne, postindustrielle Enklaven weite Gebiete der Armut und Verwahrlosung, wo das organisierte Verbrechen sowie Kriege zwischen Sekten und Religionen entstehen.“(7) Unsere Art der ökonomischen Produktion zerstört massiv, global und in einem bisher kaum für möglich gehaltenen Tempo die gesellschaftliche Reproduktion. „Summa summarum leben gegenwärtig zwei Milliarden Menschen in Ländern, die als unsicher, scheiternd oder gescheitert gelten.“(8) Harald Welzer spricht bezüglich dem, was auf uns zukommen könnte, bereits von einer „Kriegsökologie“(9), Gorz davon, dass „der Zusammenbruch nur mittels Restriktionen, Rationierungen, autoritären Zuteilungen von Ressourcen verhindert werden (könnte), wie sie für eine *Kriegswirtschaft* charakteristisch sind.“(10)

Doch gerade bei professionellen Ökologen und Umweltschützern wird die Notwendigkeit einer explizit *politischen* Ökologie immer weniger erkannt. Selten wird die katastrophische Entwicklung des Klimasystems ursächlich auf das vollkommen antagonistische Naturverhältnis unseres ökonomischen Systems zurückgeführt, dass seine innere erreichte Grenze der Vergesellschaftung durch abstrakte, warenförmige Arbeit dadurch zu überschreiten versucht, indem es genau jenes Wachstum zu generieren versucht, das zum Erreichen dieser Grenze geführt hat und dabei noch seine äußere ökologische Grenze selbstzerstörerisch überschreitet. Dies wird ebenso ausgeblendet, wie die durch globale Entstaatlichung zunehmend schwindenden Möglichkeiten der politischen Außensteuerung und die heraufziehende „Kriegsökologie“. Exemplarisch dafür Reimund Schwarze vom Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung, der bereits vollends auf gigantische Notstandsmaßnahmen, wie das Düngen der Meere mit Eisen oder CO2-Verpressung in die Erde zu setzen scheint.(11)

Immer mehr wird betont, dass die derzeitigen für die Menschheit existenziellen Krisenphänomene – Klimawandel, Weltwirtschaftskrise, Ernährungskrise, Weltarmut, Staatszerfall, Migration und Weltordnungskriege – nur im Zusammenhang verstanden und gelöst werden können, zugleich wird immer zwanghafter verleugnet, dass hinter diesen Phänomenen ein Grundproblem steckt, dessen Erkenntnis so alt ist, wie unsere Ökonomie selbst, der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Reproduktion und ökonomischer Produktion, der auf einen immanenten Systemfehler im Naturverhältnis zurückzuführen ist. In der Tat geben heute nahezu alle vorliegenden empirischen Daten Marx’ Analyse des Kapitalismus als einem grundlegend antagonistischen Verhältnis zwischen

Produktionsverhältnissen und Produktivkräften recht. Ein Antagonismus in der Produktion eines abstrakten Reichtums, der aktuell seine eigenen kulturellen wie natürlichen Reproduktionsgrundlagen zerstört.

Wenn wir auf zivilisierte Art und Weise überleben wollen, müssen wir daher die Vergesellschaftungsmechanismen eines Großteils der Menschheit durch Arbeit anders definieren als bisher. Wie Peter Glotz sagte: „Inzwischen steht die ganze Sozialethik des moderne Kapitalismus zur Debatte.“(12) Der Kern dieser Sozialethik ist aber dessen Arbeitsethik und –begriff als Verhältnis des Menschen zu seiner *eigenen* Natur, denn, so fragt André Gorz, „wohin führt aber ein politischer Diskurs und eine Politik, die den Menschen einredet, das als für alle unentbehrlich anzusehen, was nur noch immer wenigeren zugänglich ist? Was bewirkt eine Politik, die Erwerbsarbeitsfähigkeit auf Kosten von Mußefähigkeit und Ausbildung auf Kosten von Bildung fördert, obwohl die Ökonomie immer weniger Arbeit braucht und immer mehr Zeit freisetzt?“(13) Dieser Diskurs führt genau zu dem, was wir augenblicklich weltweit erleben müssen, zum „Verfall und Entzivilisierung der Gesellschaft.“(14)

Weiter mt *Teil 2*

der Freitag http://www.freitag.de/community/blogs/robert-zion/grundeinkommen-und-klimaschutz-teil-1

der Freitag

21.07.2009 18:09 Robert Zion

Grundeinkommen und Klimaschutz (Teil 2)

Christoph Spehr hat den Bruch, den das warenproduzierende System und die abstrakte Arbeit im Naturverhältnis erzeugt, wie folgt dargelegt:

> „Die industrielle Arbeitsteilung als personelle, regionale und nationale Zurichtung, zerlegt Natur in Bestandteile, die einzeln Unbrauchbar sind, nach Abtransport an die Spitze der Pyramide aber wieder zusammengebaut werden können und den Zustrom von Natur gewährleisten. In einer ‚Bananrepublik' können die ArbeiterInnen nicht einfach die Bananen behalten; sie *müssen* sie verkaufen, weil man nicht nur von Bananen leben kann. Die industrielle Landwirtschaft, die Grüne Revolution und noch mehr die Produktion mit gentechnisch manipulierten Pflanzen sind abhängig vom Zustrom von Ressourcen, die die unmittelbaren Produzenten selbst nicht herstellen können: industrielle Pestizide und Herbizide, Benzin und Ersatzteile, Saatgut und Kunstdünger. Was mit der äußeren Natur passiert, passiert auch mit der menschlichen Natur. Was in der kapitalistischen Gesellschaft Erziehung, Schule und Ausbildung vermittelt, damit kann man nichts anfangen, außer man befindet sich später an einem Ort, der einen passend ergänzt (einem Arbeitsplatz) und aus dem unnützen Wissen einen Job macht, der Geld bringt. Die soziale und internationale Arbeitsteilung im Kapitalismus hat ihre Spezifik darin, dass die manipulierte Natur und die zugerichtete Arbeitskraft nutzlos sind, *wenn sie nicht ausgebeutet werden*: anderswo zusammengebaut zu etwas, das funktioniert, und zwar so gut dass mit brauchbarer Natur (Versorgung) bezahlt wird. Nichts anderes bedeutet: Natur und Arbeit werden zur *Ware*, zu etwas, das für ihre Produzenten *wirklich* unbrauchbar ist, keinen Gebrauchswert hat. Und nur über den Verkauf der Ware kann solche Natur und Arbeit eingetauscht werden, die zum eigenen Überleben brauchbar wird."(15)

Dementsprechend formuliert Gorz vor dem Hintergrund der erreichten inneren und äußeren Grenzen des Systems seine Forderung nach einem Grundeinkommen als eines der zentralen Elemente seiner politischen Ökologie: „Man muss die Forderung nach einem Existenzeinkommen wieder in diesen Zusammenhang stellen. Sein Ziel besteht nicht darin, die Gesellschaft des Geldes und der Ware zu verewigen, auch nicht das herrschende Konsummodell der sogenannten entwickelten Länder zu verewigen. Sein Ziel ist vielmehr, die Arbeitslosen und prekär Beschäftigten vom Zwang zu befreien, sich selbst zu verkaufen: die ‚Arbeit von der Diktatur der Beschäftigung zu befreien', nach einer Formulierung von Frithjof Bergmann. (...) Es sind Tätigkeiten, durch die die Menschen sich ganz und gar als Menschen produzieren und ihre Menschlichkeit als den Sinn und das absolute Ziel ihres Daseins behaupten. Lediglich *obendrein* erhöhen sie auch die Produktivität der Arbeit."(16)

Harald Welzer beschreibt an zentraler Stelle seines Schlüsselwerks „Klimakriege" dezidiert den Untergang („Ökozid") einer ganzen Kultur, die der Osterinseln.(17) Grund für den tödlichen Raubbau an ihren ökologischen Ressourcen waren jene gigantischen heute noch weltberühmten Steinfiguren, also ein *Fetisch*, um dessen Produktion ein selbstmörderischer Wettbewerb eingesetzt haben musste, der schließlich zur vollständigen Entwaldung und zur Zerstörung der natürlichen Reproduktionsgrundlagen der Insulaner geführt hatte. Die Blütezeit der Osterinsel-Gesellschaft lag

um 1500. Als Kapitän Cook die Insel betrat, „bot sich ihnen ein nachgerade surreales Bild. Das Land war vollkommen baumlos und fast menschenleer; die wenigen Einwohner waren, wie Cook 1774 berichtete, ‚klein, mager, ängstlich und elend'. Außer Ratten und Hühnern gab es keine Tiere."(18) Gegen Ende wurden die Insulaner zu Kannibalen und es entstand ein „absoluter Krieg, der zuerst das Ende der Politik, dann er Kultur und schließlich des Lebens selbst bedeutete."(19) Dass unser heutiger *Warenfetisch* uns nunmehr auf globaler Ebene in analoge Selbstzerstörungsprozesse treiben könnte, ist solange nicht nur nicht auszuschließen, sondern sogar höchst wahrscheinlich, solange wir von unserem fetischisierten Waren- und Arbeitsbegriff nicht radikal abrücken.

In dem Moment, in dem das Mantra der „Beschäftigungswirksamkeit des Wachstums" global längst empirisch widerlegt ist und das daraus abgeleitete Naturverhältnis in ein Zersetzungsverhältnis (ökologisch wie zivilisatorisch) umzuschlagen beginnt, wird der immanente Zusammenhang von Klimaschutz und Grundeinkommen daher unmittelbar evident. Damit wird dieses zum ersten emanzipatorischen Projekt einer global gewordenen Menschheit überhaupt, wie auch Antonio Negri betont: „Der Kampf um das bedingungslose Einkommen, ist, denke ich, geeignet, zu einem wirklich grundlegenden Konflikt in Europa und in den USA zu werden."(20) Jegliche Politik, die diesen Konflikt leugnet oder gar bekämpft, gerade die der grünen, sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien, beraubt sich damit über kurz oder lang nicht nur der eigenen Gesellschaftsbasis, sondern auch der Ernsthaftigkeit in den Analysen und der Glaubwürdigkeit in den Zielen.

Zitierhinweise:

1 Reinhard Loske: Den Konsumismus überlisten, in: taz, 27.02.2007

2 Peter Glotz: Die beschleunigte Gesellschaft. Kulturkämpfe im digitalen Kapitalismus, Reinbek (Rowohlt) 2001, S. 146.

3 André Gorz: Auswege aus dem Kapitalismus. Beiträge zur politischen Ökologie, Zürich (Rotpunktverlag), 2009, S. 19f.

4 Robert Kurz: Das Weltkapital. Globalisierung und innere Schranken des modernen warenproduzierenden Systems, Berlin (Tiamat) 2005, S. 420.

5 André Gorz: Auswege aus dem Kapitalismus, a. a. O., S. 20.

6 Vglch.: Jeremy Rifkin: Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, Frankfurt a. M. (Fischer), 2005, S. 20.

7 André Gorz: Auswege aus dem Kapitalismus, a. a. O., S. 95.

8 Harald Welzer: Klimakriege. Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird, Frankfurt a. M. (S. Fischer), 2008, S. 104.

9 Ebda.: S. 100ff.

10 André Gorz: Auswege aus dem Kapitalismus, a. a. O., S. 20.

11 Reimund Schwarze: Das Zwei-Grad-Ziel ist kaum zu schaffen, in: ZEIT-online, 21.07.2009.

12 Peter Glotz: Die beschleunigte Gesellschaft, a. a. O., S. 131.

13 André Gorz: Arbeit zwischen Misere und Utopie, Frankfurt a. M. (Rowohlt), 2000, S. 83.

14 André Gorz: Wissen, Wert und Kapital, Zur Kritik der Wissensökonomie, Zürich (Rotpunktverlag), 2004, S. 77.

15 Christoph Spehr: Die Ökofalle. Nachhaltigkeit und Krise, Wien (Promedia), 1996, S. 138.

16 André Gorz: Auswege aus dem Kapitalismus, a. a. O., S. 112f.

17 Harald Welzer: Klimakriege, a. a. O., S. 79ff.

18 Ebda.: S.80.

19 Ebda.: S. 86.

20 Antonio Negri/Raf Valvola Scelsi: Goodbye Mr. Socialism. Das Ungeheuer und die globale Linke, Berlin (Tiamat), 2009, S. 231.

der Freitag http://www.freitag.de/community/blogs/robert-zion/grundeinkommen-und-klimaschutz-teil-2

der Freitag

23.07.2009 10:52 Robert Zion

„Säubern“, „Reinigen“, „Beseitigen“

Von Robert Zion

Am 22. Juni 2009, dem Tag an dem im Norden Afghanistans die laut *taz* „größte Bodenoffensive der Bundeswehr in der Geschichte der Bundesrepublik“ (1) in der deutschen Medienlandschaft ihren Widerhall fand, wurde die Sprache wieder ekelhaft im Land.

Verteidigungsminister Jung, der den Kampfeinsatz im Übrigen „noch immer nicht Krieg nennen will“ (3), nutzte derweil die Pressekonferenz in Berlin dazu, zu erzählen, „wie schön er das feierliche Gelöbnis am Montag vorm Reichstag fand. Auch habe er Anfang Juli sehr gern erstmals Tapferkeitsmedaillen an Bundeswehrsoldaten verliehen.“ (1)

Schneidiger kam da schon der Generalinspekteur der Bundeswehr Wolfgang Schneiderhan daher, der einräumte, dass es "an der Zeit“ gewesen sei, „diese Eskalation vorzunehmen" (1) und der sogleich die "Zeitidee" der laufenden Offensive erläuterte, die darin bestünde, dass die Lage in Chahar Dara "innerhalb einer Woche so bereinigt ist, dass man Kontrolle über diesen Raum hat." (1)

Die „Maßnahme“, wie Jung diese Kriegseskalation wohl nennen würde, steht unter dem Kommando des afghanischen Militärs, deren Führung auch keinen Zweifel an dem kriegshygienischen Charakter des Einsatzes lässt. So betont Murad Ali Murad, Oberkommandierender der Afghanen, mit der Offensive sollte die Region von Taliban "gereinigt" werden. (3) Auch Gouverneur Mohammad Omar ließ verlautbaren, dass mit Hilfe der Deutschen nun afghanische Sicherheitskräfte dazu imstande seien, "den Distrikt zu säubern." (1)

In einem Kommentar eines Artikels über die aktuellen „Maßnahmen“ im Raum Kabul auf sueddeutsche.de, ließ dann auch ein Leser keinen Zweifel daran, dass er Sinn und Zweck der Waffenbrüderschaft gut verstanden habe: "Viel Erfolg beim Einsatz für die kämpfenden Truppen, egal ob Bundeswehr oder Amerikaner! Die Beseitigung der Taliban ist freilich eine Arbeit, die sehr mühsam wird." (2)

Erstmals zum „Einsatz“ unter Beteiligung der Bundeswehr im Norden kommen nun Panzer, Mörser, Predator-Drohnen und Kampfflugzeuge. „Die Unterstützung aus der Luft war in dem Gebiet bislang Tabu. Grund: Die USA stehen wegen zahlreicher Opfer unter der Zivilbevölkerung bei Luftangriffen in der Kritik.“ (3) Dabei ist die Sprachreglung über das zu „Beseitigende“ selbst medial nicht einheitlich. Während in den deutschen Massenmedien und vom Verteidigungsminister in der Öffentlichkeit aus Legitimationsgründen von „Taliban“ die Rede ist, die ja laut Jung kein „militärischer Gegner“, sondern „Terroristen“ seien, lautet der *terminus technicus* vor Ort: „Aufstandsbekämpfung“.

Tatsächlich hatte das Hamburger „Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik“ im Mai 2008 den afghanischen „Widerstand“ weit differenzierter beschrieben. Dabei handele es sich im Wesentlichen um heterogene Widerstandsgruppen, deren Motive nicht einmal einheitlich sind: islamistische oder nationalistische Paschtunen, Drogenhändler, lokale Kommandeure, Warlords, Al-Qaida-Terroristen, ausländischen Jihadisten, religiöse Fundamentalisten, Antizentralisten und autonome Kräfte.

Bei diesem ganzen sprachlichen Wust geschichtsvergessener Ungeheuerlichkeiten, ist von einstigen hehren Zielen in Afghanistan wie Demokratie, Menschenrechten und Freiheit offiziell so gut wie gar nicht mehr die Rede. Ziel scheint es nur noch zu sein, die afghanische Polizei und das Militär so aufzubauen und auszustatten, dass die Ali Murads und die Omars ihre „Reinigungs-“ und „Säuberungsaktionen“ selbstständig verrichten können – ein Polizei- und Militärstaat.

Das Verrutschen der Kategorien, dass sich mit diesem Krieg in unsere Sprache und unsere offizielle Politik eingeschlichen hat, ist alarmierend. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis dieses sogenannte Konzept der „vernetzten Sicherheit“, *de facto* eine Verwischung von Polizei und Militär, von innerer und äußerer „Sicherheit“, auch auf uns zurückfallen wird. Dass Jung die Bundeswehr auch bei uns im Inneren gegen „Terroristen“ einsetzen will, hat er mehrfach erklärt. Die widerliche Sprache der schlimmsten Zeit der deutschen Geschichte ist jedenfalls mit diesem Krieg bereits zu uns zurückgekehrt. Ein Krieg, den die Bevölkerung in ihrer übergroßen Mehrheit ablehnt und nicht will. Wie sich zeigt, vollkommen zu Recht.

Quellen:

http://www.freitag.de/community/blogs/robert-zion/saeubern-reinigen-beseitigen

(1) Ulrike Winkelmann: Im Krieg, in *taz*: 22.07.2009:
http://www.taz.de/1/politik/asien/artikel/1/kampfeinsatz-gegen-die-taliban/

(2) "Es ist Zeit für Eskalation", sueddeutsche.de, 22.07.2009:
http://www.sueddeutsche.de/politik/21/481491/text/

(3) Matthias Gebauer und Shoib Najafizada: Bundeswehr verstrickt sich in Kämpfe gegen die Taliban, Spiegel-online, 22.07.09: http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,637609,00.html

Blog von Robert Zion

10.08.2009 um 18:27

Offener Brief: Wer sind wir - und wenn ja, wie viele?

Lieber Richard David Precht,

mit sehr viel Freude – auch, wenn dieses Wort bei diesem Thema kaum angebracht ist – habe ich Ihren Essay „Feigheit vor dem Volk“ im Spiegel zum Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr gelesen. Ich kann Ihnen nur vollkommen zustimmen, wenn Sie dort schreiben, dass „ein Aufstand der Intellektuellen dieses Landes gegen den Dammbruch (geboten wäre). Geboten wäre ein Appell, gestützt durch die Mehrheit der Bevölkerung, der unserer Regierung Mut machte, nicht weiterhin sinnlos Milliarden zu verschleudern und Soldaten in den Tod zu schicken“.

Ja, dies alles wäre geboten. Gegen die von Ihnen so benannte „parteiüberreifende Koalition des schlechten Gewissens“, die nun in Tat die Absicht zu hegen scheint, „den Krieg aus dem Wahlkampf herauszuhalten“, wäre zudem eine andere, partei- und gesellschaftsübergreifende Koalition dringend geboten. Eine Koalition der fragenden Bürgerinnen und Bürger, die diesen Wahlkampf dazu nutzen könnten, sämtliche für den Bundestag antretenden Kandidaten mit ihren Fragen über Sinn und Zweck dieses Krieges zu bedrängen, statt sich von diesen selbst mit „Verdummungsvokabeln“ bedrängen zu lassen.

Wenn dies kein Krieg sein soll, was ist dann überhaupt noch ein Krieg? Wie sieht denn überhaupt ein militärischer Sieg dieser „Krisenfallmaßnahme in Übersee“ oder dieses „Stabilisierungseinsatzes“ aus? Wie lange soll „es“ denn noch dauern? Was ist denn aus all den Zielen des Staats-, Polizei- und Justizaufbaus, der Entwaffnung, der wirtschaftlichen Entwicklung und Armutsbekämpfung, der Bekämpfung des Drogenanbaus und der Korruption eigentlich geworden? Stimmt es wirklich, dass allein im letzten Jahr 20.000 „Aufständische“ von der NATO getötet wurden? Wie viele sind es denn eigentlich noch und wer sind sie überhaupt? Warum heißt eigentlich der terminus technicus der NATO „Aufständische“, während hier nur von „Taliban“ die

Rede ist? Kann denn diese „Regierung“, zu deren Unterstützung die Bundeswehr allein ein Mandat hat, überhaupt als solche bezeichnet werden?

Nun, ich trete selber zur Wahl des Deutschen Bundestags an. Das könnte sich im Übrigen als ein Widerspruch erweisen. Denn nach dem Grundgesetz dürfte der deutsche Bundestag im Kriegsfall gar nicht aufgelöst werden. Darum ja auch dieser Krieg gegen die Sprache, die „private Semantik“ und die „Begriffswolken“. Nach Spinoza, für mich der erste wirklich überzeugte Demokrat unserer Kultur- und Geistesgeschichte, ist der Zweck des Staatslebens überhaupt „Frieden, Freiheit und Sicherheit des Lebens“. Und nichts von alledem, wie wir es nach all den Jahren wissen, wird in Afghanistan hergestellt oder gar bei uns „verteidigt“. Er schrieb auch, dass „Krieg nur um des Friedens willen begonnen werden (soll) in dem Sinne, dass nach seinem Ende alle Waffengewalt aufhört“. Und wie weit ist der auf Dauer gestellte Nicht-Frieden, in den diese Republik getrieben wird, davon entfernt!

Ich bin im Übrigen nicht der Meinung Martin Walsers, „dass der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan moralisch unerträglich geworden ist.“ „Moral“ ist eine Frage normativer Setzungen, die kulturell relativ sind, letztlich immer eine Frage von „Gut“ und „Böse“. Es ist hingegen noch viel schlimmer. Dieser Krieg ist ein *ethisches* Desaster. Er höhlt objektive völkerrechtliche und demokratische Prinzipien aus, er widerspricht logischen und vernünftigen Schlüssen. Damit droht er sich eben doch zu einer rein moralischen Frage zu verkehren, zu einer Frage von „Gut“ *gegen* „Böse“, zur Glaubensfrage. Dies ist immer der kürzeste Weg zur Dehumanisierung des jeweils „Anderen“. Weil wir Deutschen dies einmal wussten, haben wir im Übrigen viele wichtige und richtige Prinzipien in unser Grundgesetz geschrieben.

Um mit Nietzsche zu sprechen: „’Jenseits von Gut und Böse’… Dies heißt zumindest *nicht* ‚Jenseits von Gut und Schlecht’“. Dieser Krieg ist daher zumindest *schlecht*. Er zersetzt die Demokratie, aus historischer Einsicht entstandene Regeln unseres Grundgesetzes und das Völkerrecht, unserer Unterscheidungsfähigkeit von Krieg und Frieden, von innerer und äußerer Sicherheit, von Polizei und Militär. Es ist alles noch viel schlimmer, als es die moralische Empfindung allein wahrzunehmen vermag: hier wird schleichend ein Begriff von „Sicherheit“ und „Verteidigung“ und damit auch ein neuer Staatszweck eingeführt, bei dem das Militär und der Krieg, der nicht mehr so genannt werden darf, immer Bestandteil staatlichen Handelns ist – tendenziell dauerhaft und überall.

Wir bomben nicht die Menschenrechte und den Frieden in Afghanistan herbei. Wir zerschmeißen damit nur deren Grundlagen bei uns. Und wenn die Bevölkerung dies mit übergroßer Mehrheit ablehnt, gibt es hier strenggenommen auch gar kein „Wir“. Und darum wünsche ich Ihnen bei Ihrem „Aufstand der Intellektuellen“ viel Erfolg und Kraft. Meine Unterstützung haben Sie. Denn wieder einmal sind wir an einem Punkt, wo wir mit John Locke anklagen könnten, “dass jeder Ammenaberglaube den Charakter einer unumstößlichen Wahrheit annimmt, solange man ihn nur lange genug verkündigt.“ Es ist eben das Wesen der Demokratie, dass wir alle eine Wahl haben. Dafür, dass Sie darauf beharrt und mit rationalen Argumenten einige Dinge klargestellt

haben, möchte ich Ihnen danken. Denn von der Frage, wer wir sind und wenn ja, wie viele, scheint mittlerweile viel für uns und unsere Zukunft abzuhängen.

Herzlichst
Ihr Robert Zion
Gelsenkirchen, im August 2009

der Freitag

Positionen

Afghanistan | 26.08.2009 12:28 | Robert Zion

Am Ende der Sackgasse angekommen

Die NATO ist am Hindukusch gescheitert. Die Fehler der Vergangenheit fallen nun auf das Militärbündnis zurück. Zeit für eine Bilanz und ein radikales Umdenken

1753 schrieb der französische Aufklärer Denis Diderot in seinen *Gedanken über die Interpretation der Natur*: „Wenn man einen falschen Weg einschlägt, verirrt man sich um so mehr, je schneller man geht. Und wie könnte man zum Ausgangspunkt zurückkehren, wenn man einen unermesslichen Raum durchlaufen hat? Die Erschöpfung der Kräfte lässt dies nicht zu; die Eitelkeit sträubt sich dagegen, ohne dass man es bemerkt; das hartnäckige Festhalten an den Prinzipien verbreitet über die ganze Umgebung einen falschen Schein, der die Gegenstände entstellt. Man sieht sie nicht mehr, wie sie sind, sondern wie sie sein sollten."

Präziser könnte die Situation, in der die NATO heute in Afghanistan steckt, gar nicht beschrieben werden.

Guerilla-Krieg mit den „Neo-Taliban"

Seit 2006 hat sich die Lage in Afghanistan stetig weiter verschlechtert, ein sicheres Zeichen dafür, dass der strategische Ansatz der NATO und der internationalen Gemeinschaft an der Realität in Afghanistan vorbei geht. Die Daten etwa, die das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik in Hamburg im Mai 2008 über das Land vorlegte, hätten auch die Bundesregierung angesichts der derzeitigen Eskalation des Krieges im Norden alarmieren müssen. Dort heißt es, das Land sei eines der korruptesten der Welt. Eine Situation, die sich durch das reichlich fließende Geld durch die Geberländer möglicherweise sogar verschärft hätte. Die NATO befände sich in einem Guerillakrieg mit sogenannten „Neo-Taliban", wozu islamistische oder nationalistische Paschtunen, Drogenhändler, lokale Kommandeure, Warlords, Al-Qaida-Terroristen, ausländische Dschihadisten, religiöse Fundamentalisten, Antizentralisten und autonome Kräfte zählten. Solange die Afghanen die Veränderung ihrer Gesellschaft nicht selber vollziehen, würde die Antwort immer eine gewaltsame sein, da die wahre Ursachen dieses Krieges vor allem in anti-westlichen, anti-modernen und anti-zentralistischen Haltungen der afghanischen Akteure liegen.

Die beiden Wirtschaftszweige, die kontinuierlich wachsen, sind die Drogenökonomie und das Transportwesen, aus denen sich der Widerstand finanziert. Ansonsten beträgt die Arbeitslosigkeit landesweit 70 Prozent, im Süden und Osten sogar 90 Prozent. Über 90 Prozent aller Waren auf dem afghanischen Markt stammen aus Importen. Die Korruptions- und Vetternwirtschaft der Regierung Karsai, die zu 80 Prozent vom Westen bezahlt wird, gepaart mit einem vollkommen verfehlten wirtschaftsliberalen Ansatz des Westens, der nur wenige Privilegierte begünstigt hat, die sich das neue System zu nutze machen konnten, lassen auch hier für die Zukunft kaum Fortschritt erhoffen. Zumal die Vereinten Nationen davon ausgehen, dass die Bevölkerung von rund 25 Millionen in 2005 auf 60 Millionen in 2030 anwachsen wird.

Hilfsorganisationen schlagen Alarm

Mittlerweile schlagen nahezu alle bedeutenden Hilfsorganisationen Alarm und greifen vor allem das verfehlte Konzept der zivil-militärischen Zusammenarbeit an. Der Generalsekretär der Welthungerhilfe Wolfgang Jamann spricht diesbezüglich von einem „Sündenfall“ und fordert eine strikte Trennung von Wiederaufbau und Militär, da oppositionelle Kämpfer nun auch Entwicklungshelfer angriffen, obwohl diese politisch neutral seien. Jürgen Lieser von Caritas International fordert den schnellstmöglichen Abzug der ISAF-Soldaten und ein Ende der *Operation Enduring Freedom*: „Die Internationale Afghanistan-Politik hat ihre Ziele nicht erreicht.” In einem internen Schreiben von Medico International heißt es: „Unter der fortgesetzten militärischen Besatzung aber gibt es für Afghanistan keine Zukunftsperspektive.“ Die falsche Strategie der NATO bleibt für die humanitäre Lage nicht folgenlos. Nach der Hilfsorganisation Oxfam waren so noch im Winter 2008/2009 fünf Millionen Menschen in Afghanistan akut vom Hunger bedroht.

Das, was hierzulande von der Kanzlerin, vom Außenminister und vom Verteidigungsminister schlicht geleugnet wird, ist dennoch eine Tatsache, die auch Barack Obama kürzlich festgestellt hat: Die NATO befindet sich in Afghanistan in einem Krieg. Bereits 2006 hat die kanadische Regierung die Rolle ihrer Soldaten in Afghanistan durch eine unabhängige Kommission untersuchen lassen. Fazit: „Kanada befindet sich im Krieg, und Kanadier sind Kombattanten.“ Daraufhin begrenzte das kanadische Parlament das Mandat für seine Truppen endgültig bis 2011. Der Rückhalt in der Bevölkerung bei den größten Truppenstellern der NATO in Afghanistan – den USA, Großbritannien und der Bundesrepublik – ist entweder, wie in Deutschland, nicht vorhanden oder schwindet rapide. Laut zwei repräsentativen Umfragen in diesem August wollen rund zwei Drittel der Befragten Briten einen Abzug ihrer Truppen aus dem Krisenland. Eine aktuelle Umfrage der *Washington Post* und des Fernsehsenders ABC ergab, dass die meisten Amerikaner gegen den Krieg in Afghanistan sind. Nur ein Viertel meint, dass dorthin mehr Streitkräfte entsendet werden müssten.

Legitimationsdruck wächst

Dabei zeichnet sich sogar ab, dass selbst der Abzug aus Afghanistan zur Sackgasse werden und es bald weder ein Vor noch ein Zurück für die NATO geben könnte. Denn je mehr die westlichen Regierungen den Krieg verleugnen oder zu einer Art „Stabilisierungsmission mit Aufstandsbekämpfung“ schönreden, desto mehr geraten sie selbst angesichts steigender Gewalt und eigener Verluste unter Legitimationsdruck gegenüber den eigenen Bevölkerungen. Der jüngst erfolgte militärische Strategiewechsel der USA hat bereits die Verluste unter den US-Soldaten ansteigen lassen. Der Zeithorizont, der dabei genannt wird, reicht von zwischen zehn Jahren bis unbestimmt, was bei nüchterner Betrachtung keine westliche Regierung politisch durchhalten wird. Kanada, wie erwähnt, aber auch die Niederlande, haben folglich bereits ihr endgültiges Abzugsdatum formuliert.

Die öffentlichen Rechtfertigungsversuche der Bundesregierung und ihre „Strategie“ in einer Situation, in der der Krieg nun auch im eigenen Verantwortungsbereich im Norden angekommen ist, sind nicht anders als desaströs zu bezeichnen. Sie versucht sich durchzulavieren, indem sie weder eine nüchterne Bilanzierung vorlegt, noch sich wirklich entscheidet, ob sie entweder den Amerikanern in ihrer militärischen Strategie folgen oder innerhalb der NATO ein radikales Umdenken einfordern soll. So sterben Bundeswehrsoldaten am Ende schlicht nur noch für die Bündnisfähigkeit der Bundesrepublik innerhalb der NATO, oder geraten zunehmend in unhaltbare Situationen, in der sie auf Frauen und Kinder schießen.

Trauerspiel von Afghanistan

Am Ende der Sackgasse bleibt wohl für die NATO von all den hoch gesteckten Zielen nicht viel mehr als ein ernüchternder Satz übrig. Theodor Fontane hat ihn in seinem Gedicht "Das Trauerspiel von Afghanistan" von 1847 erstmals formuliert: „Seht zu, ob den Rest ihr retten könnt.“

Dass aber ausgerechnet die NATO hier etwas retten kann, außer vielleicht noch sich selbst, ist jedoch

höchst zweifelhaft. Als eine Art globaler Sicherheitsdienstleister im Auftrag der UN taugt die NATO nicht, das hat sie nun bewiesen. Stattdessen sollte Obama den gigantischen US-Luftwaffenstützpunkt Bagram räumen und auch die geostrategischen Interessen in der Region, von denen die Politik hierzulande wohlweislich schweigt, aufgeben. Afghanistan gehört unter die neutrale Verwaltung der Vereinten Nationen gestellt. Entsprechende UN-Truppen, mit einem robusten Mandat nach Kapitel VII der UN-Charta ausgestattet, sollten aus der Region selbst, vorzugsweise aus muslimischen Staaten zusammengestellt werden. Statt des bisherigen zentralistischen Ansatzes mit einer korrupten und ohnehin in weiten Teilen des Landes machtlosen westlichen Marionettenregierung, ist ein neuer dezentraler Ansatz zu verfolgen. Jedenfalls darf es jetzt keinerlei Denkverbote mehr geben.

Ein zweites Vietnam

Afghanistan wird auf lange Zeit kein Staat und schon gar keine Demokratie nach westlichem Vorbild werden. Der Kampf zwischen dem Autonomieanspruch der Stämme und dem Herrschaftsanspruch des Staates durchzieht im Übrigen die gesamte Geschichte dieses Landes. Bislang führte noch jeder Versuch, in Afghanistan einen Zentralstaat zu etablieren zum Krieg. Deshalb gilt es nun, unter UN-Verwaltung und unter Einbeziehung aller regionalen Staaten, einen neuen Mediationsprozess zwischen den Clans, Stämmen und Bevölkerungsgruppen einzuleiten und parallel die Aufbauhilfe erheblich auszuweiten. Diesmal jedoch, ohne die aufgeklärten, demokratischen Kräfte und die Paschtunen außen vor zu lassen. Grundvoraussetzung eines solchen Neuanfangs ist jedoch, dass die NATO sofort eine Exit-Strategie entwickelt, ernsthafte Verhandlungen aufnimmt und ein festes Abzugsdatum formuliert. Unter der bisherigen Prämisse des „Wer sich zuerst bewegt, der hat verloren“ hingegen, würden alle verlieren. Einen Weg zu finden, den die Afghanen mittragen können und sich einzugestehen, dass die NATO einen Krieg gegen den Willen der Afghanen nicht gewinnen und sein Gesellschaftssystem oktroyieren kann, ist nun das Gebot der Stunde – sonst droht dem Westen ein zweites Vietnam.

Hintergrund

Robert Zion ist einer der prominentesten Kritiker des Affghanistan-Einsatzes innerhalb der Grünen und gilt als einer der linken Vordenker seiner Partei. Zion ist Direktkandidat zu den Bundestagswahlen und Vorstandssprecher der Gelsenkirchener Grünen

der Freitag Artikel-URL: http://www.freitag.de/positionen/0935-afghanistan-sackgasse-zion-bundeswehr-nato

---

Copyright © **der Freitag** Mediengesellschaft mbh & Co. KG

Neues Deutschland

28.08.2009 / Ausland / Seite 15

Das Ende der Sackgasse am Hindukusch ist erreicht

Die NATO ist in Afghanistan gescheitert. Die Fehler der Vergangenheit fallen nun auf das Militärbündnis zurück. Zeit für eine Bilanz und ein radikales Umdenken

Von Robert Zion

1753 schrieb der französische Aufklärer Denis Diderot in seinen Gedanken zur Interpretation der Natur: »Wenn man einen falschen Weg einschlägt, verirrt man sich um so mehr, je schneller man geht. Und wie könnte man zum Ausgangspunkt zurückkehren, wenn man einen unermesslichen Raum durchlaufen hat? Die Erschöpfung der Kräfte lässt dies nicht zu; die Eitelkeit sträubt sich dagegen, ohne dass man es bemerkt; das hartnäckige Festhalten an den Prinzipien verbreitet über die ganze Umgebung einen falschen Schein, der die Gegenstände entstellt. Man sieht sie nicht mehr, wie sie sind, sondern wie sie sein sollten.« Präziser könnte die Situation, in der die NATO heute in Afghanistan steckt, gar nicht beschrieben werden. Seit 2006 hat sich die Lage in Afghanistan stetig weiter verschlechtert, ein sicheres Zeichen dafür, dass der strategische Ansatz der NATO und der internationalen Gemeinschaft an der Realität in Afghanistan vorbei geht. Die Daten etwa, die das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik in Hamburg im Mai 2008 über das Land vorlegte, hätten auch die Bundesregierung angesichts der derzeitigen Eskalation des Krieges im Norden alarmieren müssen.

Im Guerillakrieg mit den »Neo-Taliban«

Dort heißt es, das Land sei eines der korruptesten der Welt. Eine Situation, die sich durch das reichlich fließende Geld durch die Geberländer möglicherweise sogar verschärft hätte. Die NATO befände sich in einem Guerillakrieg mit sogenannten »Neo-Taliban«, wozu islamistische oder nationalistische Paschtunen, Drogenhändler, lokale Kommandeure, Warlords, Al-Qaida-Terroristen, ausländische Dschihadisten, religiöse Fundamentalisten, Antizentralisten und autonome Kräfte zählten. Solange die Afghanen die Veränderung ihrer Gesellschaft nicht selber vollziehen, würde die Antwort immer eine gewaltsame sein, da die wahren Ursachen dieses Krieges vor allem in anti-westlichen, anti-modernen und anti-zentralistischen Haltungen der afghanischen Akteure liegen.

Die beiden Wirtschaftszweige, die kontinuierlich wachsen, sind die Drogenökonomie und das Transportwesen, aus denen sich der Widerstand finanziert. Ansonsten beträgt die Arbeitslosigkeit landesweit 70 Prozent, im Süden und Osten sogar 90 Prozent. Über 90 Prozent aller Waren auf dem afghanischen Markt stammen aus Importen. Die Korruptions- und Vetternwirtschaft der Regierung Karsai, die zu 80 Prozent vom Westen bezahlt wird, gepaart mit einem vollkommen verfehlten wirtschaftsliberalen Ansatz des Westens, der nur wenige Privilegierte begünstigt hat, die sich das neue System zunutze machen konnten, lassen auch hier für die Zukunft kaum Fortschritt erhoffen. Zumal die Vereinten Nationen davon ausgehen, dass die Bevölkerung von ca. 25 Millionen (2005) auf 60 Millionen im Jahr 2030 anwachsen wird.

Mittlerweile schlagen nahezu alle bedeutenden Hilfsorganisationen Alarm und greifen vor allem das verfehlte Konzept der zivil-militärischen Zusammenarbeit an. Der Generalsekretär der Welthungerhilfe Wolfgang Jamann spricht diesbezüglich von einem »Sündenfall« und fordert eine strikte Trennung von Wiederaufbau und Militär, da oppositionelle Kämpfer nun auch Entwicklungshelfer angriffen, obwohl diese politisch neutral seien. Jürgen Lieser von Caritas International fordert außerdem den schnellstmöglichen Abzug der ISAF-Soldaten und ein Ende der

»Operation Enduring Freedom«. »Die Internationale Afghanistan-Politik hat ihre Ziele nicht erreicht«, so Lieser. In einem internen Schreiben von Medico International heißt es: »Unter der fortgesetzten militärischen Besatzung gibt es für Afghanistan keine Zukunftsperspektive.« Die falsche Strategie der NATO bleibt für die humanitäre Lage nicht folgenlos. Laut der Hilfsorganisation Oxfam waren so noch im Winter 2008/2009 fünf Millionen Menschen in Afghanistan akut vom Hunger bedroht.

Der Rückhalt in der Bevölkerung schwindet

Das, was hierzulande von der Kanzlerin, vom Außenminister und vom Verteidigungsminister schlicht geleugnet wird, ist dennoch eine Tatsache, die auch USA-Präsident Barack Obama kürzlich festgestellt hat: Die NATO befindet sich in Afghanistan in einem Krieg. Bereits 2006 hat die kanadische Regierung die Rolle ihrer Soldaten in Afghanistan durch eine unabhängige Kommission Untersuchen lassen. Fazit: »Kanada befindet sich im Krieg, und Kanadier sind Kombattanten.« Daraufhin begrenzte das Parlament das Mandat für seine Truppen endgültig bis 2011. Der Rückhalt in der Bevölkerung bei den größten Truppenstellern der NATO in Afghanistan – USA, Großbritannien und Bundesrepublik – ist entweder wie in Deutschland nicht vorhanden oder schwindet rapide. Nach zwei repräsentativen Umfragen in diesem August wollen rund zwei Drittel der befragten Briten einen Abzug ihrer Truppen aus dem Krisenland. Eine aktuelle Umfrage der »Washington Post« mit dem Fernsehsender ABC ergab, dass die meisten US-Amerikaner gegen den Krieg in Afghanistan sind. Nur ein Viertel meint, dorthin müssten mehr Streitkräfte entsendet werden.

Dabei zeichnet sich ab, dass selbst der Ausgang aus Afghanistan zur Sackgasse werden und es bald weder ein Vor noch ein Zurück für die NATO geben könnte. Denn je mehr die westlichen Regierungen den Krieg verleugnen oder zu einer Art »Stabilisierungsmission mit Aufstandsbekämpfung« schönreden, desto mehr geraten sie selbst angesichts steigender Gewalt und eigener Verluste unter Legitimationsdruck gegenüber den eigenen Bevölkerungen. Der jüngst erfolgte militärische Strategiewechsel der USA hat bereits die Verluste unter US-Soldaten ansteigen lassen. Die Zeitschienen, die dabei genannt werden, belaufen sich zwischen zehn Jahren und unbestimmt, was bei nüchterner Betrachtung keine westliche Regierung politisch durchhalten wird. Kanada, wie erwähnt, aber auch die Niederlande, haben folglich bereits ihr endgültiges Abzugsdatum formuliert.

Die öffentlichen Rechtfertigungsversuche der Bundesregierung und ihre »Strategie« in einer Situation, in der der Krieg nun auch im eigenen Verantwortungsbereich im Norden angekommen ist, sind nicht anders als desaströs zu bezeichnen. Sie versucht sich durchzulavieren, indem sie weder eine nüchterne Bilanz vorlegt, noch sich wirklich entscheiden kann, ob sie entweder den USA in ihrer militärischen Strategie wirklich folgen oder innerhalb der NATO ein radikales Umdenken einfordern soll. So sterben Bundeswehrsoldaten am Ende schlicht nur noch für die Bündnisfähigkeit der Bundesrepublik innerhalb der NATO oder geraten zunehmend in unhaltbare Situationen, in der sie auf Frauen und Kinder schießen.

Am Ende der Sackgasse bleibt wohl für die NATO von all den hochgesteckten Zielen nicht viel mehr als ein ernüchternder Satz von Theodor Fontane aus seinem Gedicht »Das Trauerspiel von Afghanistan« (1847): »Seht zu, ob den Rest ihr retten könnt.« Nur ist sogar höchst zweifelhaft, ob ausgerechnet die NATO hier mehr retten kann als vielleicht sich selbst. Als eine Art globaler Sicherheitsdienstleister im Auftrag der UNO taugt die Allianz nicht, das hat sie nun bewiesen. Stattdessen sollte Obama den gigantischen US-Luftwaffenstützpunkt Bagram räumen und auch die geostrategischen Interessen in der Region, von denen die Politik hierzulande wohlweislich schweigt, aufgeben.

Afghanistan gehört unter die neutrale Verwaltung der Vereinten Nationen gestellt. Entsprechende UN-Truppen, mit einem robusten Mandat nach Kapitel VII der UN-Charta ausgestattet, sollten aus der Region selbst, vorzugsweise aus muslimischen Staaten zusammengestellt werden. Statt des bisherigen zentralistischen Ansatzes mit einer korrupten und ohnehin in weiten Teilen des Landes machtlosen westlichen

Marionettenregierung, ist ein neuer dezentraler Ansatz zu verfolgen. Jedenfalls darf es jetzt keinerlei Denkverbote mehr geben.

Dem Westen droht ein zweites Vietnam

Afghanistan wird auf lange Zeit kein Staat und schon gar keine Demokratie nach westlichem Vorbild werden. Der Kampf zwischen dem Autonomieanspruch der Stämme und dem Herrschaftsanspruch des Staates durchzieht im Übrigen die gesamte Geschichte dieses Landes. Bislang führte noch jeder Versuch, in Afghanistan einen Zentralstaat zu etablieren, zum Krieg. Deshalb gilt es nun, unter UN-Verwaltung und unter Einbeziehung aller regionalen Staaten einen neuen Mediationsprozess zwischen den Clans, Stämmen und Bevölkerungsgruppen einzuleiten und parallel die Aufbauhilfe erheblich auszuweiten. Diesmal jedoch, ohne die aufgeklärten, demokratischen Kräfte und die Paschtunen außen vor zu lassen.

Grundvoraussetzung eines solchen Neuanfangs ist jedoch, dass die NATO sofort eine Exit-Strategie entwickelt, ernsthafte Verhandlungen aufnimmt und ein festes Abzugsdatum formuliert. Unter der bisherigen Prämisse des »Wer sich zuerst bewegt, der hat verloren« hingegen, würden alle verlieren. Einen Weg zu finden, den die Afghanen mittragen können, und sich einzugestehen, dass die NATO einen Krieg gegen den Willen der Afghanen nicht gewinnen und sein Gesellschaftssystem oktroyieren kann, ist nun das Gebot der Stunde – sonst droht dem Westen ein zweites Vietnam.

Robert Zion gilt laut n-tv »seit dem Afghanistan-Parteitag der Grünen vom September 2007 als einer der linken Vordenker seiner Partei. Sein Parteiamt verrät nicht, welch großen Einfluss er hat: Er ist Vorstandssprecher der Gelsenkirchener Grünen.«

URL: http://www.neues-deutschland.de/artikel/154741.das-ende-der-sackgasse-am-hindukusch-ist-erreicht.html

prager frühling
MAGAZIN FÜR FREIHEIT UND SOZIALISMUS

bewegt euch!

In neuen Büchern rennen Gorz und Negri der Linken mal wieder voran

Von Robert Zion

Dass, so André Gorz, „die Scheiße, in der wir heute stecken", mit Demokratie nur noch sehr entfernt etwas zu tun hat, ist für beide großen alten Männer der europäischen Linken in ihren aktuellen Veröffentlichungen ausgemacht. Und wer Toni Negri schon einmal live erleben konnte, kann sich gut vorstellen, wie es geklungen hat, als es im Interview aus ihm herausbrach: „... doch dafür braucht es Demokratie, Demokratie, Demokratie." Auch Gorz erinnert in seinem Vermächtnis eindringlich daran, was politische Ökologie in ihrem Kern bedeutet: „Es ist dies nichts anderes als das Problem der Demokratie."

Obwohl beide aus höchst unterschiedlichen politischen Zusammenhängen stammen, kommen sie in ihren Gesellschaftsanalysen und daran anschließenden Forderungen zu nahezu identischen Ergebnissen: Negri, der Bewegungslinke aus der „potere operaio" und der „autonomia" Italiens der 60er und 70er Jahre und vom Staat verurteilter „Verführer der Jugend"; und Gorz, Sartre-Schüler, „einer der einflussreichsten Sozialtheoretiker der europäischen Linken" (Peter Glotz) sowie einer der Väter der politischen Ökologie.

Zum fordistischen Wohlfahrtsstaat keynesianischer Provenienz gibt es kein Zurück mehr, da das System selbst eine innere und äußere Schranke erreicht hat. Das zusammenfallende Waren- und Kapitalverhältnis verlangt einen Exodus aus der Arbeitsgesellschaft und eine Gemeinwesenökonomie. Sowohl in Negris Interview-Band als auch in Gorz' Interview- und Aufsatzsammlung wird dabei vor allem eine Idee in das Zentrum aktueller links-emanzipatorischer Politik gerückt: „Allein schon die Idee eines Existenzeinkommens zeugt von einem Bruch", betont Gorz. Während Negri hierin sogar schon das Zentrum künftiger sozialer Kämpfe sieht: „Der Kampf um das bedingungslose Einkommen, ist, denke ich, geeignet, zu einem wirklich grundlegenden Konflikt in Europa und in den USA zu werden. Er bietet das Terrain, auf dem sich die ‚Klasse', die Multitude der Produzentinnen und Produzenten insgesamt bewegen kann."

In Zeiten, in denen der Interbankenverkehr endgültig tot, die ökologische Grenze erreicht, die weltweite Zerstörung gesellschaftlicher Reproduktionsgrundlagen evident und mit der jüngsten Finanzblase die bisher größte „Beatmungsmaschine des sterbenden Kapitalverhältnisses" (Robert Kurz) geplatzt ist, braucht es für die wie paralysiert wirkende parteipolitische Linke dann offensichtlich doch noch solcher Weckrufe von ihren philosophischen Vordenkern. „Der Weg aus dem Kapitalismus wird also auf jeden Fall stattfinden, ob auf zivilisierte oder barbarische Weise", stellt Gorz lapidar fest.

Und dennoch: „Nie habe ich derart gleichgültige Menschen und derart triste Leidenschaften erlebt wie unter der derzeitigen Führung der italienischen Linken, so Negri. „Es sind Bürokraten, Sachbearbeiter, sie sind intellektuell erschöpft." So ist es. Also, bewegt Euch! Ludger Volmer, ehemals Parteisprecher der deutschen Grünen, empfahl nach dem jüngsten Desaster der italienischen Gesamtlinken den dortigen Grünen, wieder Toni Negri zu lesen. Gorz' „Auswege aus dem Kapitalismus" hätte er gleich mit empfehlen können, nicht nur den Grünen und nicht nur denen in Italien, sondern dem gesamten technokratisierten Funktionärskader der parteipolitischen Linken Europas.

Info:

Antonio Negri/Raf Valvola Scelsi: Goodbye, Mr. Socialism. Das Ungeheuer und die globale Linke, Berlin: Tiamat, 2009.
André Gorz: Auswege aus dem Kapitalismus. Beiträge zur politischen Ökologie, Zürich: Rotpunktverlag, 2009.

Welche Wahl lässt uns die KRISE?

Von Robert Zion

Krise? Welche Krise? Vielleicht die, dass bis zum Jahr 2050 die CO_2- Emissionen um 85% sinken müssen, will man die Klimaerwärmung auf maximal 2 Grad Celsius begrenzen, um irreversible, unbeherrschbare Folgen zu vermeiden – und dies bei einer voraussichtlichen Vervielfachung des Weltbruttoinlandsprodukts um den Faktor drei oder vier bis zu diesem Datum? Oder doch die der Entstaatlichung, also der zwei Milliarden Menschen, die gegenwärtig in Ländern leben und sterben müssen, die als unsicher, scheiternd oder gescheitert gelten? Die Welternährungskrise vielleicht? Oder dann doch jene ökonomische Verlaufsform, die zunächst „Finanzkrise“ genannt wurde und jetzt „Weltwirtschaftskrise“ genannt wird?

Und dennoch ist es nicht ganz falsch, jetzt von der Krise im Singular zu reden. Denn die soeben beschriebenen krisenhaften Phänomene im Naturverhältnis, der Staatlichkeit und im Ökonomischen betreffen allesamt die Organisationsform jenes Gattungswesens „Mensch“, das Friedrich Nietzsche einmal das „nicht festgestellte Thier“ genannt hat – und dies mittlerweile im globalen Maßstab. „Nicht festgestellt“ bedeutet dann zumindest, dass wir tatsächlich eine Wahl haben, insofern es dieses „Wir“ denn auch wirklich geben sollte. Die Menschheit nicht nur als Idee sondern als ganz reales Faktum beginnt also mit der Krise. Gemessen an der Erdgeschichte ist dies im Übrigen nur ein Augenblick.

Just in dem Moment also, in dem wir mit der Raumfahrt den Blick aufs Ganze unserer Biosphäre erlangt haben, in dem mit den globalen Kommunikationsnetzen eine Art gemeinsames Bewusstsein und mit den weltumspannenden Finanzmärkten und Handelsbeziehungen gegenseitige ökonomische Abhängigkeiten entstanden sind, verweigern uns Natur, Staat und Markt ihre bisher als so sicher geltenden Dienste. Lässt uns die Krise daher nur noch die Wahl, entweder eine Weltregierung und eine Weltwirtschaft zu gründen, einen Weltethos zu formulieren oder gar eine Weltreligion zu stiften, oder eben gemeinsam unterzugehen? Der holländische Frühaufklärer Spinoza schrieb einmal: „Die Natur verbietet einem nichts, außer das, was man nicht kann.“ Beschränken wir uns also lieber unseres Überlebens Willen auf das, was wir können.

Nun ist es aber gerade mit dem Können des Menschen erfahrungsgemäß keine ganz einfache Sache. Zu seinen Vermögen zählt die sinnliche Wahrnehmung, die abstrakte Vernunft oder der Alltagsverstand ebenso, wie die Fluchten in den Aberglauben, in reines Gottvertrauen oder Ideologien, die Verdrängung und Verleugnung oder die pure Fantasterei. Dabei ist die wesentlich emotionale Bestimmtheit menschlicher Handlungen, worauf jüngst die Hirnforschung – dabei ebenfalls Spinoza wiederentdeckend – deutlich hinweist, noch nicht einmal erwähnt: Neid, Gier, Missgunst, Herrschsucht, Furcht, Mitleid, Treue, Liebe. Es war an einem anderen Wendepunkt der Geschichte, an dem der italienischen Renaissance, an dem Niccolò Machiavelli das Problem des Politischen in sich selbst organisierenden und damit für sich selbst vollständig eigenverantwortlichen Gesellschaften ohne jenseitige Entschuldigungen eben in der bestimmenden Emotionalität des Menschen sah.

Unsere Emotionalität ist unsere menschliche Natur. Unser gestörtes, zersetzendes, entfremdetes Verhältnis zu dieser uns je eigenen Natur ist die eigentliche Ursache unseres selbstzerstörerischen Naturverhältnisses als Ganzem. Im Moment seiner Menschheitswerdung scheint es der moderne Mensch verlernt zu haben, seine politischen, ökonomischen und religiösen Organisationsformen so zu gestalten, dass in ihnen seine positiven emotionalen Eigenschaften zum Tragen kommen statt der negativen. So haben wir in dem Maße verlernt, gemäß unserer Natur zu

sterben, in dem wir das organisierte Töten perfektioniert haben; ebenso wie wir Liebe nur noch in sublimierter, privater oder religiöser Form empfinden können. Das Mitleid begegnet uns als schlechtes Gewissen, die Treue als verzweifelte Bindung an Angst- oder Notgemeinschaften.

Das von Machiavelli erstmals aufgeworfene – wenn auch gründlich missverstandene – Problem des Politischen in der Moderne, wird damit zum Menschheitsproblem schlechthin. Plötzlich gibt es zwar einen gemeinsamen Verantwortungsraum und Zeithorizont, die gegenwärtigen politischen und ökonomischen Organisationsformen der Menschheit aber, begünstigen gerade die negativen emotionalen Eigenschaften des Menschen, ja bauen zum Teil gerade darauf auf: Neid, Gier, Missgunst, Herrschsucht, Furcht. Politisch, in dem wir Herrschaft trotz aller Reden von Demokratie immer noch nur als geführtwerden durch einige Wenige denken können. Ökonomisch, in dem wir ein umweltzerstörendes Wachstum generieren, um Menschen eine Arbeit zu geben, die sie in den seltensten Fällen mögen, damit sie sich Dinge kaufen können, die sie in den seltensten Fällen brauchen.

Nun könnte man meinen, dass gerade die Erkenntnis des Verlusts von Demokratie, der Entstaatlichung, der Naturzerstörung durch Wachstum und der Krise des Lohnarbeitsverhältnisses zur „vernünftigen“ Umkehr führen könnte. Doch deuten gerade alle Antworten, die wir noch zu geben imstande zu sein scheinen, auf das genaue Gegenteil hin. Von nichts wird zur Zeit mehr geredet, als von baldigem, erneutem Wachstum. Keiner weckt mehr Hoffnungen weltweit, als der „demokratische Führer“ Obama. Immer mehr wird mit der Lohnarbeit an etwas geradezu verzweifelt festgehalten, das zugleich immer weniger Menschen weltweit zugänglich ist. Wenn dann die ökologischen Grenzen überschritten, die politischen Illusionen zerschlagen und die Widersprüche der Arbeitsgesellschaft in noch dramatischere Zerfallsprozesse umgeschlagen sein werden, könnte aus einem kurz aufscheinenden gemeinsamen Überlebenskampf schnell ein Phase der Agonie und eines universellen Kampfes gegeneinander werden.

Insofern ist die Frage: „Welche Wahl lässt uns die Krise?“ dringend geboten und rechtzeitig gestellt. Sie lässt uns zumindest die Wahl, sofort und unmittelbar als Einzelne und in Gemeinschaft den Exodus aus den gegenwärtigen politischen und ökonomischen Organisationsformen zu vollziehen, die Demokratie einzufordern, die Produktion und den Konsum unnützer Massengüter zu unterlassen, Arbeit auch jenseits des Lohnarbeitsverhältnisses endlich auch als solche anzuerkennen und zu entlohnen, das Töten zu verweigern, keine Furcht zu haben, auf unser Mitleid zu hören und wieder lieben zu lernen. Kurz: unsere Gesellschaften gemäß unserer Natur zu bauen, anstatt uns weiter dem Irrtum hinzugeben, es käme darauf an, diese und unsere Natur lediglich zu beherrschen.

Nun könnte man einwenden: absolut lächerlich! Denn wie viele lesen eigentlichen diesen Artikel und wie viele von diesen wiederum werden dann sagen: Was nutzt dies schon, wenn die anderen sich ganz anders verhalten? Nun, so ist nun einmal das Spiel. Ein Spiel, von dem sich mindestens drei unverrückbare Regeln angeben lassen. Zunächst einmal gibt es „nichts, aus dessen Natur nicht irgendeine Wirkung folgen würde“ (Spinoza). Zum anderen besteht es darin, um wieder mit Machiavelli zu sprechen, dass, wer heute handelt, auch dafür verantwortlich ist, welche Folgen er unabhängig von seinen Absichten herbeiführt. Und schließlich setzt jedes Tun unumstößlich ein Beginnen voraus. Dass dieses Spiel dann doch nicht vielmehr als ein Endspiel für die Menschheit werden wird, kann niemand mehr seriös ausschließen. Jedenfalls hat es bereits begonnen.

Am 27.September 2009 hat die Bevölkerung in Deutschland, eines der produktivsten und reichsten Industrienationen der Welt, gewählt. Was stand dabei seitens der antretenden Parteien eigentlich zur Disposition? Lediglich die Art und Weise, wie in Zeiten der Krise zukünftig Beschäftigung über Wachstum und damit ein „Wohlstand“ generiert wird, der unsere natürlichen Lebensgrundlagen immer rasanter zerstört. Sie hatte also nicht wirklich eine Wahl.

Zum Autor: Robert Zion, geb. 1966, studierte u.a. Philosophie und ist Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen. N-TV schrieb über ihn: „Robert Zion ist Basis und Überbau zugleich: Seit dem Afghanistan-Parteitag der Grünen vom September 2007 gilt er als einer der linken Vordenker seiner Partei.“

Blog von Robert Zion

12.10.2009 um 19:03 [2]

In der Volksrepublik Nordrhein-Westfalen

robert zion die linke bündnis grünen nordrheinwestfalen

Die Führung der nordrhein-westfälischen Linken hat nun ihren Entwurf zum Landtagswahlprogramm vorgelegt - und dabei zu großen Teilen eine misslungene und altbackene Synthese aus Vorstellungen marxistisch-leninistischer Gruppen, Industriegewerkschaften und SPD produziert.

Von Robert Zion

Sollten die Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und FDP im Bund abgeschlossen sein, werden selbstverständlich die Landtagswahlen 2010 in Nordrhein-Westfalen zunehmend in den Mittelpunkt des Interesses rücken. Wird die Regierung Merkel/Westerwelle bis dahin überhaupt noch Reformprojekte wagen, die die die Wiederwahl von Rüttgers verhindern und die Mehrheit im Bundesrat kippen könnten? Wird es eine Rot-Grün-Rote Landesregierung in Düsseldorf geben, die die Selbstfesselung der SPD auf Bundesebene auflösen wird? Wo stehen bei alledem die Grünen, vor allem nach der Jamaika-Entscheidung im Saarland? Der nun vorgelegte Entwurf des Wahlprogramms der Linken in NRW lässt bereits erahnen, wie die Antworten auf diese Fragen aussehen könnten.

Planspiele aus dem sozialistischen Salon

„Zwei mal drei macht vier, widde widde witt und drei macht neune. Ich mach' mir die Welt, widde widde wie sie mir gefällt.“ Der erste Satz könnte dabei für die Finanzierbarkeit dieses Programms stehen, der zweite für die diesem Programm zugrundeliegende Analyse. Dabei geht es noch nicht einmal darum, dass Wahlprogramme immer viel versprechen und nachher bei konkreten Koalitionsverträgen und Regierungsprogrammen dann die allgemeine Ernüchterung eintritt – dies trifft ja auch auf die FDP vor und nach dieser Bundestagswahl zu –, es geht darum, dass hier ein linker Funktionärskader aus dem sozialistischen Salon

heraus an der eigenen Wählerschaft vorbeiphantasiert hat. Das geforderte „Recht auf Rausch“ hat sich dieser hier wohl erst mal selber gegönnt.

Dabei haben sie sich sogar den Generalfehler geleistet, ihrer verstaubten Mischung aus Staatsmonopolkapitalismus (Verstaatlichung von RWE, E.ON, der Schlüsselindustrien und Großbetrieben der Grundstoffindustrie), Sozialismus (Überführung weitgehender Gesellschaftsbereiche in die öffentliche Hand) und Keynesianismus (Zukunftsinvestitionsprogramm und öffentliches Beschäftigungsprogramm) überhaupt ein konkretes Menschenbild zugrunde zu legen, das auch mit der Lebenswirklichkeit und dem Selbstverständnis der Menschen im Land zu tun hat. Und so ist für dieses „Kurswechsel“ genannte Programm nichts bezeichnender, als die passagenlangen Abgrenzungen gegenüber dem „Nationalsozialismus“. Als ob dann doch eine Ahnung davon bestünde, dass ihr sozialistischer Nationalismus in seinem dirigistischen Politikverständnis im Grunde das gleiche Feld beackert und die gleichen blinden Flecken aufweist: Es fehlt ein zeitgemäße Vorstellung von Individualität (Ein Begriff, der in dem Programm gar nicht vorkommt) und Freiheit, der aber eben eine gemeinsame solidarische Basis nicht ausklammert.

Unklares Staatsverständnis

Denn diese Gesellschaft, auch die des klassischen Industriestandortes Nordrhein-Westfalen, hat sich in der Arbeitswelt, im Sozialen und im Kulturellen radikal individualisiert. Und es ist das Grundproblem der Wählerschaft der Linken, dass in diesem Umbruch für diese die überkommenen Institutionen der Industriegesellschaft nicht mehr funktionieren: Familie, Schule, Universität, Normarbeit. Gerade dort, wo die Linke besonders gut abschneidet, wie etwa in Duisburg oder Gelsenkirchen, ist ja gerade eine soziale Segmentierung zu beobachten, die eben konkrete und pragmatische Antworten verlangt, um Teilhabe und die Vergesellschaftung des Einzelnen neu zu organisieren, und wo solch ideologische Bekenntnisrhetorik einfach nur an den realen Bedürfnissen der Menschen und den politischen Erfordernissen über kurz oder lang vorbeigehen wird.

Darum ist dieses Wahlprogramm auch dort regelmäßig am stärksten, wo es von Selbstorganisation und garantierter Teilhabe und Zugängen redet – zu Bildung, Kultur, Mobilität etc. – und eben nicht den öffentlichen Dienst zum neuen Heilsbringer überhöht und sich dann auch noch in einem unklaren Selbstverständigungsprozess über das eigene Verhältnis zum Staat verliert („In einer sozialen und solidarischen Gesellschaft sollten Gerichte und Staatsanwaltschaften entbehrlich sein“). Denn es ist nicht das Verhältnis zum Staat, zu seinem Mehr oder Weniger, an dem sich eine sozial gerechtere und ökologischere Politik in Zukunft entscheidet wird, sondern es ist ein neues Verhältnis von Individualität und Solidarität, von Geldtransfers und öffentlichen Gütern, von emanzipatorischen bzw. dezentralen und autoritären bzw. zentralistischen Ansätzen, von materiellem und kulturellem Wohlstand, von Erwerbsarbeit und Nicht-Erwerbsarbeit sowie deren gemeinsame Neuorganisation.

Radikale Gesten ohne Basis

Diesbezüglich korrespondiert der Ökonomismus dieses Programms in seinen antiquiertesten Passagen weit mehr mit Ludwig Erhards Normarbeits- und Wachstumsgesellschaft der fünfziger und sechziger Jahre als es sich so mancher der Autoren wohl selber gerne eingestehen würde. Der dann dabei nur noch störende reale Umbruch der Arbeitswelt heute wird so einfach per Dekret abgeschafft: „DIE LINKE. NRW fordert: Die Abschaffung der prekären Beschäftigung in NRW". Heraus kommt dann eine sozialistische Regelgesellschaft aus normierten, vom Staat rekonstruierten Arbeitsverhältnissen („Wir fordern eine neue Zeitverfügung und –verteilung"), bei der allerdings unterschlagen wird, dass das, was hier in einer enormen Anstrengung an Arbeitszeit und ökonomischen Werten umverteilt und reguliert werden soll, erst in einem Wertschöpfungsprozess entstehen kann, der zunehmend hochindividualisiert abläuft. Dass dann auch in einem Bundesland wie Nordrhein-Westfalen die Wirtschafts -, Sozial-, Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Umweltpolitik von der Regel- auf die Zielsteuerung umgestellt werden muss, will sie sich nicht im funktionalen Chaos eines aufgeblähten, intransparenten und letztlich unfinanzierbaren Staatsapparates verlieren, kommt dann im sozialistischen Universum der Autoren erwartungsgemäß nicht vor.

Bleibt dann noch die allseitige Forderung nach einer Demokratisierung der Verhältnisse im Staat und in der Wirtschaft (Wirtschaftsdemokratie), die allgemein betrachtet zwar vollkommen angebracht ist, die sich aber hier mehr als einmal wie eine nachgeschobene Legimitierung der eigenen sozialistischen Planungen liest. Es war ja schon immer ein Merkmal der extremeren Linken, dass besonders kleine Gruppen glaubten für besonders viele Menschen sprechen zu können. Darum bleibt festzustellen, dass sie momentan noch für sehr wenige in NRW sprechen, da sie sich im kommenden Jahr hier überhaupt zum ersten Mal einer Wahl für den Landtag stellen. Aber auch da hat die Parteispitze in ihrer konzeptionellen Unklarheit vorgesorgt und jeden Forderungskatalog gleich mit dem Satz: „Im Landtag NRW und außerhalb der Parlamente setzen wir uns ein" eingeleitet. Es ist geradezu grotesk. Weder für eine wirkungsvolle APO, noch für einen derart radikalen Umbau des Landes hin zu sozialistischen Verhältnissen, hat diese Partei eine ausreichende Basis, nicht einmal in den eigenen Kreisverbänden, von denen nicht wenige in NRW politisch gar nicht handlungs- oder sprachfähig sind. Dort ist dann nicht selten das, was sich in der Landesspitze noch als revolutionärer Gestus deuten lässt, einfach nur noch Protest und Angst, das, was Oben das Versprechen der guten alten Arbeitswelt für alle ist, Unten nur noch ein verblasster Hoffnungsschimmer.

Rückzug aus ideologischen Motiven

Die Frage, ob es dann im Jahr 2010 tatsachlich zu eine Rot-Grün-Roten Regierung in NRW kommen könnte, hängt dann wohl auch wesentlich davon ab, ob die Parteiführung der Linken in NRW oder aber die Parteibasis bis dahin noch ein Verständnis dafür entwickeln werden, in welchen Punkten sie tatsächlich stark sein und ihre Wählerschaft vertreten könnten, oder ob sie sich lediglich weiter in einem für sich selbst gar nicht geklärten Konflikt zwischen klassenkämpferischer Kraftmeierei und einem trotzigen Zurückholen der alten Arbeitsgesellschaft üben wollen. Entweder

Die Linke in Nordhrein-Westfalen entscheidet sich bald dafür, die Transformation dieser Gesellschaft im Ökologischen, in der Arbeitswelt, in der Bildungslandschaft und im Sozialen im Sinne ihrer Wähler politisch mitzugestalten, oder eben dafür, ihren fruchtlosen, weil nur noch theoretischen Konflikt zwischen Reform und Revolution weiter untereinander in ihrem Salon auszutragen.

Für eine ernsthafte soziale, emanzipatorische und ökologische Politik jedenfalls, hat dieser Landesverband der Linken nun aus offensichtlich ideologischen Motiven heraus eine Menge an Platz geräumt – selbst gegenüber der CDU, denn nicht einmal ein adäquates und realistisches Gegenkonzept zu deren Mindesteinkommen hat dieser hier entwickelt. Er verspricht einfach die gute Arbeit für alle in seiner Volksrepublik Nordrhein-Westfalen.

Dennoch ein Angebot unterbreiten

Was folgt nun daraus für SPD und Grüne für die kommenden Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen? Denn objektiv ist die Bilanz der CDU/FDP-Regierung insbesondere in der Bildungspolitik, in der Arbeitsmarktpolitik, bei der Armutsbekämpfung (Kinderarmut) und beim ökologischen Umbau mehr als dürftig, die Haushalte im Land und vielen Kommunen zudem aus den Fugen geraten. Es kann nur bedeuten, dass SPD und Grüne nun bis zur Landtagswahl der Landesführung der Linken dennoch ein politisches Angebot unterbreiten sollten, „eine gesellschaftliche Position gegen das Schwarz-Gelb-Modell aufzubauen“ (Dany Cohn-Bendit), das sich am Notwendigen und Durchführbaren und dabei aber auch an den Lebenslagen und berechtigten Interessen der Wählerschaft der Linken orientiert. Ökologische Gemeinsamkeiten mit Grünen und SPD gibt es glücklicherweise auch in diesem Programm der Linken.

Sollten diese sich aber nicht darauf einlassen und weiter in Fundamentalverweigerung gegenüber den „neoliberalen Parteien“ verharren wollen, dann sollte dieses Angebot eben deren Wählerschaft unterbreitet werden. Dazu muss dann aber bei dieser wie auch bei der der Grünen vollkommen klar sein: Nach dieser Wahl wird es in Nordrhein -Westfalen kein Schwarz-Gelb mehr geben, auch nicht mit den Grünen. Dabei geht es noch nicht einmal um Lager. Es geht um eine klar definierte Alternative zur Regierung Rüttgers/Wolf. Im Frühjahr 2010 werden sich die NRW-Grünen daher auf ihrem Parteitag entscheiden müssen, ob sie den Wählerinnen und Wählern in diesem Land überhaupt eine wirkliche Wahl lassen wollen.

Robert Zion ist Grünen-Politiker aus NRW.

Gegnerbeobachtung per Fragebogen

Grüne spionieren Linke aus

Grüne erfassen Informationen über die Linkspartei in den Ländern – mit fragwürdigen Methoden. Man fragt unter anderem nach "Besonderheiten" und "personellen Zwistigkeiten".

VON ULRIKE WINKELMANN

Fragebogen, Grün eingefärbt. Foto: screenshot pdf

Ein Mitarbeiter der Grünen-Bundestagsfraktion wollte sich viel lästige Telefoniererei ersparen. Deshalb nutzte er die Möglichkeiten moderner Kommunikation.

Per E-Mail schickte er einen Fragebogen (PDF) an alle Landtagsfraktionen der Grünen. In sieben Punkten sollten diese angeben, was sie von den Linksfraktionen in den Landesparlamenten wissen. Erfragt wurden: "Politische Schwerpunkte" und "politische Schwachpunkte", aber auch "Interne Streitigkeiten" sowie "Personelle Zwistigkeiten". Die letzten beiden Fragen erfassten "Besonderheiten (z.B. Stasi-Vergangenheit von Fraktionsmitgliedern, Umgang damit; politische Herkunft u.ä.)" sowie "Sonstige Auffälligkeiten".

Ein Informationsaustausch mit den Landtagsfraktionen sei "eigentlich überhaupt nichts ungewöhnliches", betonte am Donnerstag der Pressereferent der Grünen Bundestagsfraktion Matthias Tang. In einer Stellungnahme erklärt die Fraktionsführung, der Fragebogen sei "auf Arbeitsebene entstanden" - habe also nichts mit Renate Künast oder Jürgen Trittin zu tun, und auch nicht mit dem Parlamentarischen Geschäftsführer Volker Beck, bei dem der Mitarbeiter angesiedelt ist.

"Ein Austausch über die parlamentarische Arbeit in Bund und Ländern und über die Arbeit der politischen Konkurrenz ist ein völlig normaler Vorgang. Die Intention des Fragebogens war, öffentlich zugängliche Informationen einzusammeln und zu bündeln", lautet die Erklärung weiter.

Wie vollkommen normal der Fragebogen aus Sicht der Bundestagsfraktion ist, beweist, dass kaum zwei Stunden nach Bekanntwerden des ersten Dokuments bereits eine, wie es heißt, "präzisierte Fassung" zur Verfügung gestellt wurde.

Darin fehlen die Fragen nach den "personellen Zwistigkeiten" sowie nach den "sonstigen Auffälligkeiten". Insbesondere diese Punkte haben demnach in den Augen der Grünen-Fraktionsspitze "Anlass zu missverständlichen Interpretationen geboten".

Dies fand offenbar auch die Vize-Chefin der Hamburger grünen Rathausfraktion Antje Möller. "Das geht über das übliche Verfahren der so genannten ‚Gegnerbeobachtung' hinaus", kommentierte sie.

Der Pressesprecher der Grünen-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Matthias Schröter, war ebenfalls skeptisch: "Auch wir haben den Fragebogen bekommen. Aber was die IM-Tätigkeit angeht, haben wir in Berlin die bewährte Einrichtung des Ehrenrats." Der Sprecher der sächsischen Landtagsfraktion Andreas Jahnel dagegen nannte eine derartige Erhebung "reine Routine". Selbstverständlich beobachte man sich gegenseitig auch systematisch.

Der Geschäftsführer der niedersächsischen Landtagsfraktion Michael Pelke bestätigte der taz, dass seine Fraktion den Urheber des Fragenkatalogs zu einem Vortrag "über die Linke in Bund und Ländern" eingeladen habe. Der Vortrag soll Ende des Monats - nach den Herbstferien - für eine innerfraktionelle Diskussion gehalten werden. Dies dürfte daher der Anlass für den Mitarbeiter gewesen sein, den Katalog zu verfassen.

Pelke bestritt aber, die Fragen abgesprochen zu haben. Er mochte auch keine gewisse Ironie darin erkennen, dass die Grünen jetzt die Hintergründe von Linken-Politikern mit Methoden erfassen, die an die Stasi-Vergangenheit mancher dieser Politiker erinnern. Im Rahmen der Gegnerbeobachtung werde stets nach Besonderheiten gefragt. Und das Besondere an der Linkspartei sei eben genau dieses Merkmal der möglichen Stasi-Verstrickung, meinte Pelke. "Die Gegnerbeobachtung hat in den letzten Jahren stark zugenommen", sagte Pelke. Zu einem "qualitativen Sprung" in der Art der Erfassung sei es dabei aber nicht gekommen.

Die Ironie, die Pelke nicht erkennen mag, sieht der immer wieder mit IM-Vorwürfen konfrontierte Fraktionschef der Linken im Bundestag dagegen sehr genau: "Die Grünen wenden hier Methoden an, die sie regelmäßig anderen schärfstens vorwerfen", sagte Gregor Gysi der taz. "Es gibt halt verschiedene Wege, auf denen man politisch und menschlich verkommen kann."

---

http://www.taz.de/nc/1/politik/deutschland/artikel/1/gruene-sonstige-auffaelligkeiten

© taz Entwicklungs GmbH & Co. Medien KG, Vervielfältigung nur mit Genehmigung des taz Verlags

Die grüne Spitzel-Affäre macht deutlich, wie zerrüttet die Gesamtlinke ist.

Sind Sie jetzt? Waren Sie jemals?

KOMMENTAR VON ROBERT ZION

Politische Gegnerbeobachtung gehört zum Geschäft. Was allerdings auf "Arbeitsebene" der grünen Bundestagsfraktion entstanden ist und als Fragebogen an die Landtagsfraktionen verschickt wurde, erinnert an die berühme McCarthy-Frage.

Viele der Grünen-Strategen in der Parteispitze müssten diese Frage übrigens mit "Ja" beantworten, von Ralf Fücks über Krista Sager bis zu Jürgen Trittin. Vielleicht auch daher die fehlende Gelassenheit gegenüber einer Selbstverständlichkeit: Koalitionsbildungen mit sozialistischen Parteien wie in ganz Europa.

Aber dieser Fragebogen offenbart noch etwas anderes. Es gibt bei den Grünen nach wie vor die unselige Tendenz zur Hypermoralisierung. Damit hat sich die Partei schon immer selbst eine recht große Fallhöhe organisiert: "Die besseren Menschen, die einmal angetreten sind, die Welt zu retten, haben uns verraten", so das Credo bei nicht wenigen mittlerweile innigen Grünen-Gegnern.

Mit der Realität hat dies alles wenig zu tun, eher schon mit einem zerrütteten Politikverständnis innerhalb der Gesamtlinken. So ist am Niedergang der SPD, laut Müntefering, nicht er selbst, sondern

Lafontaine schuld, während Letzterer als Tiger lossprингt, um die soziale Gerechtigkeit wieder einzuführen, dann aber regelmäßig als Bettvorleger in der Opposition gegenüber CDU/FDP-Regierungen landet; vielleicht, weil er ahnt, dass seinem Weltrettungsprojekt das gleiche Schicksal bevorsteht wie den Grünen.

Die politische Linke in der Bundesrepublik hat jetzt ein alternatives Projekt zu entwickeln und dann die Machtfrage zu stellen. Und die Grünen sollten nicht davor weglaufen, um sich noch einmal ein bisschen kurzfristiges Mitregieren mit Schwarz-Gelb zu organisieren. So einfach ist Politik - und so schwierig.

---

http://www.taz.de/nc/1/debatte/kommentar/artikel/1/sind-sie-jetzt-waren-sie-jemals

Neues Deutschland

06.11.2009 / Debatte / Seite 17

Streitfrage: Nach links, rechts oder in die Mitte. Welchen Kurs nehmen die Grünen?

Es debattieren: Robert Zion, Jahrgang 1966, Vorstandssprecher der Gelsenkirchener Grünen und Verfasser des Manifestes »Links-libertär« und Volker Ratzmann, 1960 in Helmstedt geboren, Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus, Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft »Demokratie und Recht«.

Mit hohem Anspruch

Von Robert Zion

Es muss ja nicht lange darüber gerätselt werden, wo wir Grünen nach dem Parteitag von Rostock stehen und welchen Kurs wir nehmen. Dort haben sich die Delegierten erneut als »werteorientierte, ökologische und emanzipative Partei, die links, freiheitlich und solidarisch ist«, definiert und einen Anspruch formuliert. Nämlich den »auf die Meinungsführerschaft in der Opposition und Alternative zu Schwarz-Gelb zu sein.«

Ein hochgesteckter Anspruch, fürwahr, der an anderer Stelle im Rostocker Beschluss noch einmal mit der Feststellung präzisiert und bekräftigt wird, »dass es weiter eine gesellschaftliche Mehrheit für einen Mitte-Links-Kurs gibt. Wir Grünen müssen diejenigen sein, die auf der Grundlage unserer Werte eine inhaltliche Führungsrolle für eine Revitalisierung der Linken Mitte in diesem Land übernehmen.«

Dabei hat die Partei mit dieser Kursbestimmung endlich zwei Grundfragen für sich beantwortet, die lange im Hintergrund des Richtungsstreits schwelten und die ineinander verschränkt waren. Da ist zunächst die Frage nach dem Charakter der eigenen »Bürgerlichkeit«. Ist diese mit der »Bürgerlichkeit« gleichzusetzen, die die Konservativen und ein Großteil der Medien uns seit Jahren andichten? Also eine Art Angekommensein in einem bundesrepublikanischen, eher materiell und konservativ orientierten Grundkonsens? Oder repräsentieren wir in Tat eine neue Form von Bürgerlichkeit der vor allem linksliberalen und großstädtischen Milieus?

Wir Grünen haben diese Frage nun zugunsten der zweiten beantwortet und wir haben eine intelligente Antwort formuliert, die eben auch die Unterschiede zu eher traditionslinken Vorstellungen bei Linkspartei und SPD hervorhebt: »Wer den vielen politisch Heimatlosen ein Angebot machen will, muss beides zusammenbringen. Linksliberales Bürgertum und studentisch-alternatives Milieu, nachhaltig und erfolgreich wirtschaftende Selbstständige und Anti-AKW-Aktive aus dem Wendland. Und er muss den Marktradikalen auf der einen Seite und den Modernisierungsverweigern auf der anderen eine klare Absage erteilen.«

Mit der Beantwortung dieser Frage ergibt sich die Beantwortung der zweiten Frage wie von selbst. Es ist die Frage nach unserer eigentlichen Rolle im Fünf-Parteien-System und damit im Kern die nach unserem Verhältnis zu den beiden Volksparteien. Besteht diese Rolle nun darin, den deutschen Konservativismus, der einen enormen Modernisierungsbedarf in seinen gesellschaftspolitischen Grundausrichtungen hat, dabei gewissermaßen zur Seite zu springen (und ihn damit strukturell mehrheitsfähig zu halten)? Oder besteht sie darin, fehlende Zielvorstellungen und eklatante Mobilisierungsschwächen bei der Sozialdemokratie für das gesamte progressive Spektrum zu kompensieren?

Auf einen einfachen Satz gebracht: Rennen die Grünen nun der CDU hinterher oder der SPD vorneweg? Wie angedeutet, hat die Partei auch diese Frage zugunsten der zweiten beantwortet. Die daraus abgeleiteten neuen Ansprüche einer »inhaltlichen Führungsrolle« im Mitte-Links-Spektrum sowie dessen »Revitalisierung« und eines Angebotes für die dort »politisch Heimatlosen« sind, wie gesagt, sehr hoch. Ihre Einlösung verlangt nun politisch-strategisches Geschick und vor allem ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit und Berechenbarkeit. Denn wer solche Ansprüche stellt – und dessen sollte sich die gesamte Partei sehr bewusst sein –, setzt sich selbst einem politisch-inhaltlichen Substanztest aus, für den rein machtpolitische Taktiererei pures Gift wäre.

Das Parteiratsmitglied Arvid Bell wies daher in Rostock zu Recht darauf hin, dass auch die inhaltlichen Differenzen zwischen den politischen Spektren nach wie vor prinzipieller Natur sind: »Ich glaube es gibt viele, die wie wir meinen, sie sind in einem gefühlten Lager für Sonne, Wind und Wasser und gegen Kohle und Atom; und im Lager für den Mindestlohn und gegen Hungerlöhne; und im Lager für die Bürgerversicherung und gegen die Zwei-Klassen-Medizin; und im Lager für längeres gemeinsames Lernen und gegen Selektion im Schulsystem; und auch im Lager für Frieden und Menschenrecht und gegen Krieg und Gewalt; und im Lager für Demokratie und Selbstbestimmung und gegen Willkür und Bevormundung; und sie sind im Lager für die Freiheit und gegen den Überwachungsstaat.«

Daniela Schneckenburger, Landesvorsitzende in Nordhein-Westfalen, brachte dies dann auch bezüglich Koalitionsbildungen auf den Punkt, vielleicht auch im Hinblick auf die aktuellen Vorgänge im Saarland und die bevorstehenden Landtagswahlen in NRW: »Man löst eine Regierung nicht ab, indem man ihr beitritt.« Volker Ratzmann und andere Grüne Fraktionsvorsitzende aus den Landtagen haben zu hoch gepokert, als sie die in den Ländern anstehenden Entscheidungen über die Bundesebene in Richtung einer prinzipiellen Öffnung nach allen Seiten hin vorherbestimmen wollten. Diesem Vorstoß hat der Bundesparteitag nun eine Absage erteilt und dabei das Signal einer klaren inhaltlichen Positionierung im gesellschaftlichen Spektrum links von CDU/CSU/FDP in die Länder zurückgesendet. Dabei betonen wir nun, dass Mehrheiten für unsere Positionen erst bei den Wählern gewonnen werden müssen und wir dabei nicht allein auf parlamentarische Koalitionen setzen dürfen.

Es geht also überhaupt nicht mehr um Jamaika-Optionen. Es geht darum, dass man nicht die Meinungsführerschaft auch gegenüber der SPD reklamieren kann, indem man deren Fehler einfach wiederholt und sich für die schlichte Regierungsbeteiligung an der Seite der CDU entprofiliert und damit die eigene Wählerschaft demobilisiert. Denn am Ende wird eine Ablösung von Schwarz-Gelb nicht allein durch dessen Schwächen zu erreichen sein, sondern nur durch ein konsequentes und beharrliches Ausbauen eigener Stärken bis 2013. Der Parteitagsbeschluss von Rostock ist daher auch als Aufforderung zu verstehen, entlang gemeinsamer Inhalte tatsächliche und gefühlte Mehrheiten für eine neues gesellschaftliches Projekt jenseits des deutschen Konservativismus zu gewinnen.

Robert Zion, Jahrgang 1966, studierte u. a. Philosophie und Soziologie und ist Vorstandssprecher der Gelsenkirchener Grünen. Der Verfasser des Manifestes »Links-libertär« schreibt regelmäßig über Fragen der Außenpolitik, der Parteientwicklung und der Gesellschaftstransformation u. a. für »Die Zeit«, »Der Freitag« und »Süddeutsche Zeitung«.

URL: http://www.neues-deutschland.de/artikel/158620.mit-hohem-anspruch.html

Nach allen Seiten offen

Von Volker Ratzmann
http://www.neues-deutschland.de/artikel/158619.nach-allen-seiten-offen.html